



**ZEIT FÜR GRÜN.**

**GRÜN FÜR KÖLN.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**   
GRUENECOELN.DE



## Inhaltsverzeichnis

Begrüßung.....	4
Ökologisches und nachhaltiges Köln.....	6
Energie und Klimaschutz.....	9
Wohnen.....	12
Stadtentwicklung: Kompakt und urban.....	14
Verkehr.....	18
Gesundheit.....	23
Soziales Köln – eine Stadt für Alle.....	26
Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung.....	29
Nachhaltiges Wirtschaften.....	31
Kulturelle Bildung.....	35
Global denken – lokal handeln.....	38
Beteiligung und Engagement der BürgerInnen.....	40
Frauen.....	42
Kulturelle Bildung.....	45
Programm der GRÜNEN JUGEND KÖLN.....	47
Kinder und Jugend.....	49
Familie.....	51
SeniorInnen.....	52
Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender.....	55
Menschen mit Behinderung.....	57
Migration.....	59
Datenschutz, Sicherheit und öffentliche Ordnung.....	63
Sport.....	66
Stadtfinanzen.....	67
Stadtverwaltung.....	69
Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Köln.....	71
Impressum.....	74

## Begrüßung

### Liebe Kölnerinnen und Kölner,

wir GRÜNE wollen in unserer Stadt erneut zu einer starken Kraft werden, um möglichst viel von unserem Programm umsetzen zu können. Dafür brauchen wir Ihre/Eure Stimme.

Vor drei Jahren ist die CDU/SPD-Koalition in Köln an ihren inneren Widersprüchen zerbrochen. Seitdem gestalten wir in der Kooperation mit der SPD die Politik in dieser Stadt entscheidend mit. Wir blicken auf drei erfolgreiche Jahre zurück.

Die Zusammenarbeit mit der SPD bildete auch die Grundlage für die Unterstützung des Sozialdemokraten **Jürgen Roters** als neuen Kölner Oberbürgermeister. Einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, legte der Wegfall der Stichwahl durch die neue Gemeindeordnung nahe. Mit Jürgen Roters haben wir einen Kandidaten gewonnen, mit dem wir auf vielen Politikfeldern inhaltlich übereinstimmen und den wir GRÜNE engagiert unterstützen wollen.

Die Zusammenarbeit mit der SPD bedeutet aber auch, dass wir mit dem Kooperationspartner immer wieder um die GRÜNEN Positionen ringen müssen. Die Roten sind nun mal nicht GRÜN – obwohl es gerade in der Sozial- und Bildungspolitik viele Gemeinsamkeiten gibt. Dagegen müssen Gemeinsamkeiten in der Stadtentwicklungs-, Kultur-, Verkehrs- und Umweltpolitik manchmal in zähem Ringen mit der SPD entwickelt werden. Vereinzelt bleibt es auch beim Dissens, zum Beispiel beim Hafenausbau Godorf.

Auch in der kommenden Legislaturperiode werden wir grundsätzlich mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten. Entscheidend ist, wie viel GRÜNE Programmatik umsetzbar ist. Sie, die Wählerinnen und Wähler entscheiden, mit welchem Gewicht wir GRÜNE uns in Kooperationsverhandlungen im neuen Rat einbringen können.

In diesem Programm stellen wir Ihnen nicht nur unsere kommunalpolitischen Vorhaben für die nächsten fünf Jahre vor. Wir nennen auch die wichtigsten GRÜNEN Erfolge, damit Sie sehen können: **GRÜN wählen lohnt sich!**

#### Als Beispiele solcher erfolgreichen GRÜNEN Akzente nennen wir hier:

- Frühzeitige Einführung des Niedrigenergiestandards für kommunale Gebäude
- Ausbau des Bus- und Straßenbahnnetzes und Verbesserungen für den Radverkehr
- Sicherung der Pferderennbahn als „grüne Lunge“
- Deutlicher Ausbau der Ganztagsangebote
- KölnPass als Erfolgsmodell für einkommensschwache BürgerInnen
- Förderung der Freien Kulturszene
- Ausbau und Unterstützung von Frauenprojektarbeit
- Erstmaliger Bürgerhaushalt für die Stadt Köln

An diese Erfolge möchten wir anknüpfen: Nur wir GRÜNE stehen in Köln für eine Politik, die die Sorge um eine lebenswerte Zukunft mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und dem konsequenten Eintreten für BürgerInnenrechte und eine starke Zivilgesellschaft verbindet. Wir beziehen die BürgerInnen mit ein und scheuen keine kontroversen Diskussionen in Sachfragen. Wir stehen für transparente und nachvollziehbare Entscheidungswege. Machtkartelle, die Beraterverträge und andere Mauseheilein ermöglichen, werden von uns scharf bekämpft.

#### Deshalb: Gehen Sie am 30. August wählen!

**Wenn Sie mehr GRÜN für Köln wollen, schenken Sie uns Ihr Vertrauen, geben Sie uns Ihre Stimme!**

#### Sie haben noch Fragen zu unserem Programm und unseren KandidatInnen?

Sie erreichen uns per Telefon und E-Mail, übers Internet und gerne auch persönlich: Weitere Informationen zu Programm und KandidatInnen erhalten Sie im Internet unter [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de). Bei [www.facebook.de](http://www.facebook.de) können Sie direkt mit uns Kontakt aufnehmen. Die Mitarbeitenden unserer Geschäftsstelle stehen Ihnen gerne für alle Fragen zur Verfügung: Tel. 0221/ 972 78 88, [wahlkampf@gruenekoeln.de](mailto:wahlkampf@gruenekoeln.de); [kommunalwahl@gruenekoeln.de](mailto:kommunalwahl@gruenekoeln.de).

Und persönlich treffen Sie uns und unsere RatskandidatInnen regelmäßig an den Informationsständen vor Ort an.

Ihre Kölner GRÜNEN

## Ökologisches und nachhaltiges Köln

Eine ökologische Stadt bietet ihren BürgerInnen ausreichende Erholungsmöglichkeiten in attraktiven öffentlichen Grünanlagen. Wir wollen ein gutes Stadtklima, saubere Luft und weniger Lärm für die Menschen, die in Köln leben und arbeiten, und zwar in allen Stadtbezirken.



### Grün und Naherholung

Der verdichtete Stadtraum benötigt Naherholungsbereiche und grün vernetzte Räume zum Durchatmen. Parks, vitale Bäume an Straßen und Plätzen, Spielplätze, Grünflächen zur Erholung, naturbelassene Landschaft und Wasserflächen tragen zum besseren Klima und zum Wohlfühlen in der Stadt bei.

Dem Grün gilt auch deshalb besonderer Schutz und besondere Pflege, weil es ständig unter dem Druck wirtschaftlicher Interessen steht und von Vernichtung bedroht ist. Die Bebauung von innerstädtischen Grünanlagen lehnen wir ab.

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre

- Erweiterung des Inneren Grüngürtels
- Die Rheinufer sollen als Naherholungsgebiet attraktiver gestaltet werden, daher begrüßen wir auch die Anlage eines Badeschiffs im Rhein
- Vernetzung der Grüngürtel und der grünen Korridore, die radial die Stadt durchziehen

- Verbesserung der Durchlässigkeit des inneren Grüngürtels für Fuß- und Radverkehr an querenden Straßen
- Vermehrte Schaffung von wohnortnahen Kleingartenanlagen
- Verhinderung von Eingriffen in Naturschutz- und ähnlich hochwertige Gebiete
- Stärkerer Einsatz für Straßenbaumpflanzungen, Baumschutz und Parkpflege
- Pflanzen zusätzlicher Bäume bei Straßenumbaumaßnahmen und -rückbau
- Befreiung der Mittelalleen von parkenden Autos und anschließende Entsiegelung
- Grünausgleich: Bei Nachverdichtungen bestehender Wohnquartiere werden öffentliche Grünflächen geschaffen oder aufgewertet

### GRÜNE Erfolge

- Erstellung eines städtischen Entwicklungs- und Pflegekonzepts für das Rheinufer sowie Pläne zur Vervollständigung des inneren und äußeren Grüngürtels
- Erhöhter Mitteleinsatz für Pflanzung und Pflege von Straßenbäumen
- Im Zuge der Regionale 2010 konnten der Belvedere Park durchgesetzt und Bereiche im Zweckverband Stöckheimer Höfe ergänzt werden
- Die Umsetzung des Grünzugs West ist beschlossen
- Erhalt der „grünen Lunge“ Pferderennbahn in Weidenpesch durch Erwerb des Geländes

## Abfall

Abfallvermeidung ist vorrangiges Ziel GRÜNER Abfallpolitik. Deshalb werben wir in der Bevölkerung für einen Lebensstil der Nachhaltigkeit und wollen die Bedingungen für Abfallvermeidung und Recycling weiter verbessern.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Abfallpolitik

- Für den Teil der Kölner Bevölkerung, der heute keine Möglichkeit zur getrennten Papiersammlung hat, werden schnell andere Möglichkeiten (zum Beispiel Ausgabe von Sammelsäcken) geschaffen
- Ausweitung der Recyclingcenter
- Schaffung eines Second-Hand-Baumarktes in Mülheim
- Informationskampagnen in Kindergärten und Schulen

### GRÜNE Erfolge in der Abfallpolitik

- Einführung der kostenlosen Biotonne und Umstellung auf das Holsystem bei Papier und gelber Tonne
- Verbesserung der Recycling-Quote: Die Menge des Restmülls konnte von 2003 bis 2008 um 10 Prozent gesenkt werden

## Nachhaltiger Konsum

Die ökologischen und sozialen Folgen des Konsums von Energie, Lebensmitteln und Verbrauchsgütern betreffen zunehmend unser Leben und das unserer Kinder. In diesem Sinne sind nachhaltige Kaufentscheidungen Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik zugleich.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre nachhaltigen Konsums

- Ausrichtung der Beschaffungspolitik der Kommune und der kommunalen Unternehmen an ökologischen und sozialen Kriterien
- Unterstützung regionaler Vermarktungskonzepte und Biomärkte unter dem Motto: „regional, ökologisch und gentechnikfrei hergestellt“

- Schutz der noch bestehenden Landwirtschaft in Köln
- Stärkung der unabhängigen Verbraucherzentrale
- Intensive Vernetzung mit Instituten, Verbänden und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) wie z. B. der Lokalen Agenda 21
- Kein Anbau genmanipulierter Pflanzen auf städtischen Flächen

## Energie- und Klimaschutz

**Um die weitere Erwärmung der Erde so weit abzubremsen, dass die Folgen noch beherrschbar bleiben, müssen die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 halbiert und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Industrieländer um 80 bis 90 Prozent (gegenüber dem Stand von 1990) gesenkt werden.** Das heißt, einE ErdenbewohnerIn darf pro Jahr nicht mehr als zwei Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren. JedeR KölnerIn kommt heute auf gut zehn Jahrestonnen.

### Klimabündnis Köln

Das Klimabündnis Köln versammelt Einzelpersonen, Unternehmen und gemeinnützige Einrichtungen, die beginnen wollen, einen eigenen Beitrag zur Realisierung des gesamtstädtischen Zieles zu leisten. Das Bündnis fordert die Verantwortlichen der Stadt Köln auf, ihren Handlungsspielraum auszuschöpfen und eine koordinierende Rolle beim kommunalen Klimaschutz einzunehmen.

Die Stadt Köln hat sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im „Klimabündnis der europäischen Städte“ zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Stadtgebiet verpflichtet: Alle fünf Jahre soll der Ausstoß um 10 Prozent gesenkt werden. Als Zwischenziel wurde eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 festgelegt.

Das Klimabündnis Köln unterstützt dieses Ziel und will einen eigenen Beitrag dazu leisten: [www.klimabuendnis-koeln.de](http://www.klimabuendnis-koeln.de).



### Einsparung. Effizienz. Erneuerbare Energien.

Der notwendige Klimaschutz muss vor Ort beginnen. Die Verwaltung wurde dazu auf GRÜNE Initiative mit der Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms beauftragt. Es soll alle BürgerInnen sowie die Verwaltung und die Wirtschaft einbeziehen.

Die beste Energie ist die, die nicht gebraucht wird. Vorrang haben alle Maßnahmen, welche den Verbrauch reduzieren, beispielsweise Wärmedämmung. Bei der dann noch benötigten Energie kommt es auf eine hoch-effiziente Erzeugung an, wie zum Beispiel bei der gekoppelten Erzeugung von Fern-

wärme und Strom in dem neuen Heizkraftwerk in Niehl. Außerdem muss ein immer größerer Anteil des Kölner Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen kommen.

### Erfolge GRÜNER Energie- und Klimapolitik

- Einstieg in eine ökologischere Unternehmenspolitik der GAG
- Verhinderung eines neuen Kohlekraftwerkes in Köln
- Kommunale Neubauten sowie Gebäude auf von der Stadt erworbenem Boden dürfen nur noch nach Niedrigenergiestandard (KfW40) gebaut werden
- Die Stadt Köln bezieht Strom, der zu mehr als der Hälfte aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung stammt
- Dächer öffentlicher Gebäude müssen zum Bau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Energie- und Klimapolitik

- Verfolgung der Ziele des „Klimabündnis europäischer Städte“ (Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 10 Prozent alle fünf Jahre)
- Beschleunigte Sanierung der stadteigenen Gebäude und Einführung des Passivhausstandards für städtische Neubauten
- Senkung des Energieverbrauchs bei Gewerbe und Industrie durch das Projekt „Ökoprotit“ (Energiesparberatung für Betriebe)
- Einführung von Stromspartarifen, bei denen geringer Stromverbrauch belohnt wird
- Zielgruppenspezifische Energieberatung in Kooperation mit Wohnungsgesellschaften und sozialen Hilfsdiensten
- Pädagogische Konzepte zum Energiesparen an Schulen und Kindergärten
- Deutlicher Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen wie zum Beispiel Wind, Solarenergie, Biogas etc.
- Verbindliche Energiestandards in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen

## Wohnen

### „Eine Stadt für Alle“ durch GRÜNE Wohnungspolitik

Die GRÜNEN haben die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GAG verhindert und haben es geschafft, dass die Wohnversorgung für einkommensschwache Haushalte nicht nur dem

Markt überlassen, sondern wieder in kommunalpolitischer Verantwortung gesteuert wird. Es gibt gelungene Beispiele, die zeigen, dass geförderter Wohnungsbau und gute Qualität mit ansprechender Architektur und energiesparender Bauweise einhergehen können.



#### Soziale Stadt – lebenswerte Stadt

Für Quartiere, in denen überwiegend Einkommensschwache leben, verlangen die GRÜNEN, alle planungsrechtlichen Instrumente einzusetzen, um den Abwärtstrend dieser Stadtviertel zu stoppen. Das Förderprogramm des Bundes „Soziale Stadt“ muss abgerufen und eigene kommunale Initiativen müssen gestartet und finanziert werden. Dazu zählen das Sanierungsprogramm der GAG und das Umbauprogramm der städtischen Sozialhäuser.

### Neue Wohnformen: Vom Modell zur Serie

Die flexibler gewordenen Bau- und Fördergesetze ermöglichen einen bunten Mix von gefördertem und frei finanziertem Wohnungsbau, sogar in Kombination mit Eigenfinanzierung. Das ist eine Chance für gemeinschaftliche Wohnprojekte. Durch eine Vielfalt an Wohn- und Lebenswelten wird es Köln gelingen, mehr Familien in der Stadt zu halten, die ansonsten ins Umland ziehen würden.

### Städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG

Nicht nur im Neubau, sondern auch in der Bestandserhaltung, Sanierung und im sozialen Engagement ist die GAG eine verantwortungsbewusste Partnerin bei der Gestaltung des sozialen und ökologischen Kölns. Ein Verkauf der GAG kommt für uns nicht infrage.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Wohnungspolitik

- Schaffung von 1.000 preiswerten Wohnungen pro Jahr
- Kommunales Programm zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes
- Mischung von öffentlich geförderten und freifinanzierten Wohnungen auch innerhalb eines Hauses
- Abbau bürokratischer Hemmnisse – insbesondere für Planung und Bau geförderter Wohnungen – und verbesserte Beratung
- Umwandlung leer stehender Büroflächen in Wohnungen
- Schaffung einer Beratungsstelle für BürgerInnen, die eine Idee zu einem Wohnprojekt haben oder sich einem Wohnprojekt anschließen möchten
- Vermehrte Schaffung von hochschulnahem Wohnraum für Studierende, zum Beispiel am Eifelwall

### Erfolge GRÜNER Wohnungspolitik

- „Wohnungsbauprogramm für Köln“
- 25 Prozent geförderter Wohnungsbau auf städtischen Flächen
- Einrichtung studentischer Wohngemeinschaften in einer leer stehenden Gewerbeimmobilie der GAG in der Annostraße
- Errichtung qualitativ hochwertiger und barrierefreier neuer Sozialwohnungen
- Mit elf Solarsiedlungen ist Köln die erfolgreichste Kommune beim Programm „50 Solarsiedlungen in NRW“

### Wohnmodelle für ein neues Miteinander im Quartier

- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Wohnen und Arbeiten</li> <li>■ Mehrgenerationenwohnen</li> <li>■ Selbstbestimmtes Wohnen für Senioren</li> <li>■ Wohngemeinschaften mit Gesunden und Pflegebedürftigen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Leben mit Kindern in der Stadt</li> <li>■ Autofreies Wohnen</li> <li>■ Energiesparendes Bauen</li> <li>■ Hausgemeinschaften von Menschen mit und ohne Behinderung</li> </ul> |
|--|---|

## Stadtentwicklung: Kompakt und urban



Das Leitbild einer kompakten und urbanen Stadt bestimmt die GRÜNE Stadtentwicklungspolitik. Köln ist eine wachsende Metropolregion. Daher werden wir weiterhin Strategien und Kriterien entwickeln, um dem Verwertungsdruck auf die freie Landschaft und die städtischen Grünbereiche zu begegnen. In den vergangenen Jahren konnten wir eine Reihe von Entwicklungen entscheidend beeinflussen und anstoßen.

### Kompakt

Wenn auch Zersiedelung und Flächenverbrauch noch nicht gestoppt werden konnten, so wurden doch zahlreiche Wohnungsbauflächen mobilisiert und revitalisiert wie etwa das Reissdorfgelände oder der Kartäuserwall.

### GRÜNE Vorhaben zur Entwicklung einer kompakten Stadt

- Verstärkte Nutzung von Industrie-, Bahn- und Militärbrachen und leer stehenden Gebäuden
- Festlegung der Siedlungsränder sowohl der Kernstadt als auch der dörflichen Stadtteile sowie sinnvolle Abrundungen der Bebauung
- Festlegung und Schutz klimatisch wichtiger Freiräume, von Erholungsgebieten, Grünzügen und Parks
- Schaffung eines Finanzpools zur Erweiterung und Aufwertung von Grünflächen: Bei Erweiterung von Siedlungsflächen, ob für Gewerbe oder Wohnen, fließen die Grundstückserlöse der Stadt in einen Finanzpool, aus dem entsprechende Flächen erworben werden
- Konsequenter Schutz von nicht versiegelter Fläche
- Erarbeitung eines Hochhauskonzepts für ganz Köln, das über das bloße Höhenkonzept hinausgeht
- Vermeidung von Angsträumen bereits in der Planungsphase und die Verbesserung der derzeitigen Situation

### Urban

Durch eine ausgewogene Mischung von Geschosswohnungen, Einfamilienhäusern, Miet- und Eigentumsobjekten und unterschiedlichen Wohnformen werden Wohnquartiere lebendiger. Sowohl Familien mit kleineren Kindern als auch SeniorInnen entdecken die Stadt wieder als Wohn- und Lebensraum. Diesen Trend unterstützen wir.



## GRÜNE Vorhaben zur Entwicklung einer urbanen Stadt

- Schaffung attraktiver öffentlicher Räume und Verbesserung ihrer architektonischen Qualität
- Stärkere Berücksichtigung gestalterischer Gesichtspunkte bei der Planung des öffentlichen Raums: Stadtmöblierung (Bänke, Beleuchtung, öffentliche Werbung etc.) fügt sich ansprechend in das Umfeld ein und steigert somit die Qualität des öffentlichen Raums
- Erhaltung typischer Gebietscharakteristika und Stärkung der Ortsmittelpunkte: Dazu gehören der Schutz historischer Bausubstanz und der Erhalt der Vorgärten
- Wir fördern die Vergabe von Baugrundstücken an Baugruppen, um individuelleres Wohnen zu ermöglichen
- Zur Beschleunigung von Baumaßnahmen wollen wir die Grundstückseigentümer an den Infrastrukturkosten stärker beteiligen
- Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten mit dem Ziel, eine fußläufige Versorgung für alle bestehenden und zukünftigen Viertel zu gewährleisten und die Discounter auf der grünen Wiese mit ihren riesigen Parkplätzen zurückzudrängen
- Förderung von autofreiem und autoarmem Wohnen: Dazu gehört auch die Bereitstellung von mehr Raum für FußgängerInnen und RadfahrerInnen
- Gestaltung wichtiger städtebaulicher Achsen mit dem Ziel einer höheren Attraktivität für FußgängerInnen und RadfahrerInnen, zum Beispiel Deutzer Brücke/Deutzer Freiheit, Ringe
- Umsetzung des Masterplans Innenstadt sowie Erstellung und Umsetzung von Konzepten für andere Stadtteile, zum Beispiel Porz und Rondorf



## Erfolge GRÜNER Stadtentwicklungspolitik

- Die Planung überdimensionierter Komplexe für den öffentlichen Wohnungsbau gehört der Vergangenheit an
- Die Verdichtung bestehender Wohn- und Gewerbeflächen konnte vorangetrieben und damit dem Flächenverbrauch entgegengesteuert werden
- Das Höhenkonzept schützt die Stadt vor baulichen Auswüchsen
- Verbesserung der baulichen Qualität durch mehr städtebauliche Wettbewerbe
- Die größte autofreie Siedlung in Deutschland ist realisiert worden

### Mikroklima: Gärten auf die Dächer

Abseits großer Weltklimapolitik gibt es eine Reihe wirkungsvoller Maßnahmen, um bei uns vor Ort das Mikroklima zu verbessern. Dazu zählt die Anpflanzung von Baumalleen aber auch die Baumpflanzungen beispielsweise in der Apostelnstraße, im Herzen der City.

Eine weitere Initiative werden wir GRÜNE ergreifen, um der Überhitzung des städtischen Ballungsraums entgegenzuwirken: Flachdächer sollen systematisch und intensiv begrünt werden. Dazu wollen wir finanzielle Anreize für HauseigentümerInnen schaffen. Von den vielfältigen Vorteilen profitieren sowohl Bauherren als auch die Umwelt. Ein begrüntes Dach hilft beim Energiesparen, bietet zusätzlichen Schallschutz, weist Hitze ab und speichert Regenwasser.

Ganz gleich, ob kleine oder große Dächer begrünt, ob sie als Gemüsegarten oder gar als öffentlicher Park genutzt werden: Sie bedeuten einen Zuwachs an Lebensqualität. Menschen, Tiere, Pflanzen und städtisches Kleinklima atmen auf.

## Verkehr

**Saubere Luft, urbane Mobilität und hohe Aufenthaltsqualität ist das, was wir durch GRÜNE Verkehrspolitik in der Stadt erreichen wollen. Dabei spielt das Stichwort „Entschleunigung“ eine große Rolle:** Nicht die rastlose Hetze von A nach B, sondern die bequeme Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel in einem integrierten System prägt die städtische Mobilität der Zukunft. Diese wollen wir entsprechend gestalten.

Wegen des mittelalterlichen Stadtgrundrisses von Köln sind die Verkehrsflächen besonders knapp. Bisher wurden sie in der Regel zu Gunsten des Autoverkehrs verteilt. Die Folge sind viel zu schmale Bürgersteige und Radwege und nur wenige Plätze oder Boulevards mit guter Aufenthaltsqualität.

### Zu Fuß

Alle VerkehrsteilnehmerInnen in der Stadt bewegen sich auch zu Fuß, egal mit welchem Verkehrsmittel sie sonst unterwegs sind. Deshalb fängt Verkehrspolitik für uns beim Fußgängerverkehr an.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Zu-Fuß-Politik

- Breite Gehwege
- Abbau von Barrieren durch Reduzierung von Z-Überwegen und Drängelgittern, keine Umwegbrücken an Haltestellen (Zoo/Flora, Deutz)
- Mischverkehrsflächen (niederländisches Modell des Shared Space) mit gegenseitiger Rücksichtnahme aller VerkehrsteilnehmerInnen
- Breitere Aufstellflächen an Ampelkreuzungen
- Keine Anforderungssampeln und kurze Rotzeiten für Fuß- und Radverkehr
- Ersetzen von unnötigen Ampeln zum Beispiel durch Zebrastreifen

### Fahrrad

Köln ist aufgrund seiner Topographie eine ideale Radfahrstadt. Um eine Änderung des Mobilitätsverhaltens in Köln zu bewirken, ist eine Stärkung des Fahrradverkehrs dringend notwendig. Die Interessen der FahrradfahrerInnen sind in der Vergangenheit stets den Bedürfnissen des Autoverkehrs untergeordnet worden. Die Polizei muss ihren Kontrollschwerpunkt nicht auf den Fahrradverkehr legen, sondern auf den Autoverkehr. GRÜNE setzen auf ein attraktiveres Fahrradnetz.



### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Fahrrad-Politik

- Bessere Kennzeichnung von Radwegen und -streifen
- Fahrradfreundlichere Ampelschaltungen
- Weiterer Ausbau des Radwegenetzes auch an Hauptverkehrsstraßen
- Schaffung von Radstationen an den Bahnhöfen Köln-Süd, -West, -Ehrenfeld, -Deutz und -Mülheim
- Sichere Fahrradparkplätze in Einkaufsstraßen und Wohngebieten; an Haltestellen in Außenbezirken Errichtung von abschließbaren Fahrradboxen
- Unterbindung des Parkens von KFZ auf Radwegen und Radstreifen durch verschärfte Kontrollen
- Ausweitung des 1.000-Fahrradständer-Programms

## ÖPNV

Umweltfreundliche Mobilität braucht einen leistungsstarken Öffentlichen Nahverkehr. Zu den morgendlichen Stoßzeiten sind die Kapazitätsgrenzen der Stadtbahn in Köln bereits erreicht, mehr Fahrgäste sind mit den vorhandenen Mitteln kaum zu bewältigen.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER ÖPNV-Politik

- Planungen zu einem S-Bahn-Westring auf den Weg bringen
- Bau und Planung weiterer Stadtbahnstrecken (Bonner Str., Verlängerung Linie 13, Anbindung von Langel, Widdersdorf, Zündorf, Esch und Pesch)
- Verbesserung des ÖPNV in den Außenbezirken durch bessere Anschlussmöglichkeiten
- Schaffung von Bus- und Expressbuslinien auf eigenen Busspuren, zum Beispiel Unibus auf der Inneren Kanalstraße, Anbindung des Rheinauhafens, Citybus Nord-Süd-Fahrt
- Ausbau des Nachtverkehrsangebotes in der ganzen Stadt
- Stadtgestalterische Verbesserung von Schienentrassen (beispielsweise Rasengleise und Aufpflasterungen)
- Shared Space als ein neuer Ansatz der Verkehrs- und Raumplanung

### Was ist Shared Space?

Alle Verkehrsteilnehmenden – ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto – teilen sich gemeinsam den Straßenraum. Verkehrsschilder und Ampeln sind auf ein Minimum reduziert, die Wege ohne Bordsteine gebaut. Weniger Regeln führen zu einer erhöhten Aufmerksamkeit und zu mehr gegenseitiger Rücksichtnahme. Shared Space funktioniert, wie in europäischen Pilotprojekten bewiesen wurde, und bedeutet ein Mehr an Sicherheit und Lebensqualität – für alle! Der Verkehrsausschuss hat bereits auf GRÜNE Initiative hin einen Beschluss zur Einführung von Shared Space in Köln gefasst. Wir wollen, dass zunächst in jedem Stadtbezirk mindestens ein Shared-Space-Projekt verwirklicht wird.

## Autoverkehr

Wir wollen weg von der autogerechten Stadt. Bei GRÜNER Mobilität steht der Mensch im Mittelpunkt – nicht im Weg.

### Saubere Luft und weniger Lärm

Die Einrichtung einer Umweltzone ist nur ein erster Schritt zur Verringerung der Schadstoffbelastung in der Luft. Sollten die Messwerte für Feinstaub und Stickoxide bis 2010 nicht deutlich sinken, werden wir uns für Maßnahmen einsetzen, die zu einer Verringerung des motorisierten Verkehrs führen. Bei Lärm ist der KFZ-Verkehr ebenfalls der Hauptverursacher.

Auch für eine gute Luftqualität und die Verringerung der Lärmbelastung ist entscheidend, dass Auto- und Lastwagenverkehr deutlich abnehmen. Zur Luftverbesserung ist die Kölner Umweltzone nur ein erster Schritt, der bei weitem nicht ausreicht. Wir setzen uns für wirksame Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet ein, die die durchschnittliche Schadstoffbelastung bis 2015 um 25 Prozent reduzieren sollen. Diese Maßnahmen müssen vor allem im Verkehrsbereich ansetzen, aber auch die Luftschadstoffe aus Industrie und Privathaushalten mit einbeziehen.

### GRÜNE Vorhaben zur Luftreinhaltung und Lärmreduzierung

- Ausweitung der Umweltzone
- Nachtfluglärm: Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für die Einführung einer Kernruhezeit ein
- Ausweitung des passiven Lärmschutzes dort, wo andere Lärm-minderungsmaßnahmen nicht ausreichen
- Weitere Messstationen an stark befahrenen Ausfallstraßen
- Überall, wo die zulässigen Messwerte überschritten werden, setzen wir uns für ein umfassendes LKW-Fahrverbot ein. Verkehrslenkende Maßnahmen müssen bereits auf dem Autobahnring einsetzen



## Gesundheit

### Weitere Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Verkehrspolitik

- Rückbau großer Durchfahrts- und Einfallstraßen mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr zu reduzieren (z. B. Nord-Süd-Fahrt, Cäcilienstraße/Neumarkt/Hahnenstraße)
- Generelles Tempo 30, nur in Ausnahmefällen noch Tempo 50
- Verknappung von Parkraum in der Innenstadt und Erhöhung von Parkgebühren
- Beseitigung oberirdischer Parkplätze in den Einkaufszonen
- Umgestaltung der Ringe auf der ganzen Länge zugunsten eines Boulevards mit hoher Aufenthaltsqualität
- Umgestaltung weiterer Kreuzungen zu Kreisverkehren, Abbau von Ampeln
- Aufgabe der Planungen zum Ausbau des Niehler Gürtels
- Zur Reduzierung von Autoverkehr kann auch eine City-Maut in Betracht gezogen werden

### Erfolge GRÜNER Verkehrspolitik

- Die Verlängerung der Stadtbahnlinien 3 und 5 ist eingeleitet
- Radwege werden überwiegend auf der Fahrbahn angelegt
- Einspuriger Ring zwischen Rudolf- und Friesenplatz wird umgesetzt
- Autofreier Chlodwigplatz (nach Umbau)
- Buslinie auf der Universitätsstraße ist beschlossen
- Schnellbuslinie 122 zwischen Pesch und Chorweiler
- Bau von Kreisverkehren – Abbau von Ampeln
- Car-Sharing-Plätze werden im öffentlichen Straßenraum bereitgestellt
- In Nippes wird die größte autofreie Siedlung Deutschlands bezogen

**Kommunale Gesundheitspolitik hat neben ordnungsrechtlichen Funktionen die Aufgabe, die kommunalen GesundheitsakteurInnen zu vernetzen, die Prävention zu fördern und eine gesundheitliche Versorgung für diejenigen sicherzustellen, die durch die Lücken der Regelversorgungssysteme fallen.**

### Die Kliniken der Stadt Köln

Die städtischen Kliniken sind wichtiger Bestandteil der Kölner Krankenhausversorgung. Sie sollen unter Einfluss der Kommune bleiben, patientInnenfreundlich ausgestattet werden und akzeptable Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bieten.



### Gemeindenaher psychiatrische Versorgung

Köln hat mit den Sozialpsychiatrischen Zentren vorbildliche Ansätze für eine sozialpsychiatrische Versorgung geschaffen. Bis dahin fehlten ambulante Angebote für Kinder und Jugendliche.

### Kinder- und Jugendgesundheit

Bei Themen wie Jugendkriminalität, Sucht und Jugendarbeitslosigkeit werden das Ausmaß und die Folgen frühkindlicher Gesundheits- und Entwicklungsstörungen unterschätzt. Mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes können diese Störungen frühzeitig erkannt und es kann ihnen begegnet werden.

### Gesundheit für Migrantinnen und Migranten

Das Gesundheitszentrum für Migrantinnen und Migranten soll eine tragende Rolle in der interkulturellen Öffnung des Gesundheitsversorgungssystems spielen.

### Frauen und Gesundheit

Aus den gesundheitlichen Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen und Kinder resultiert insbesondere die Notwendigkeit einer umfassenderen Beratung und psychosozialen Betreuung. Die Kosten von Verhütungsmitteln für SGB-II-Empfängerinnen soll die Kommune übernehmen.

### Medizinische Versorgung für Wohnungslose und Nichtversicherte

Köln spielt eine Vorreiterrolle bei der Versorgung von Wohnungslosen durch den Mobilen Medizinischen Dienst. Gleichzeitig können hier auch Menschen ohne Versicherungsschutz oder ohne Papiere versorgt werden. Dies muss gesichert bleiben.

### HIV/Aids

Mit dem Kölner Modell ist ein anerkannt gutes Vorbeugungs-, Beratungs- und Betreuungssystem etabliert worden. Trotzdem werden manche Zielgruppen nicht umfassend erreicht. Daher wollen wir GRÜNE die Präventionsarbeit stärken.

### Drogen/Sucht

In der Drogen- und Suchtpolitik muss es Hilfen auf jeder Stufe geben, um alle Hilfebedürftigen zu erreichen. Dies gilt für legale wie für illegale Drogen. Die „Heroinvergabe“ soll fortgesetzt werden.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Gesundheitspolitik

- Beratung und Betreuung junger Eltern erweitern
- Einrichtung von Präventionsprogrammen an Kindergärten und Schulen, die auch die Eltern einbeziehen; Programme sollen Bewegung, Ernährung und psychische Gesundheit abdecken
- Vernetzung zwischen Gesundheits- und Frühwarnsystemen der Jugendhilfe ausbauen
- Verstärkte Aufklärung und Prävention durch Gesundheitstage, Bewegungsprogramme und die Vernetzung mit verschiedenen Netzwerken und Selbsthilfegruppen

### Erfolge GRÜNER Gesundheitspolitik

- Beispielhafte gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser
- Ausbau des Hilfesystems für Alkoholsüchtige durch die Einrichtung zweier rechtsrheinischer Alkoholberatungsstellen
- Ausbau eines Gesamthilfesystems für Drogenabhängige mit akzeptierenden, niederschweligen Ansätzen bis hin zur Ausstiegshilfe

### Ökologie und Soziales

Menschen mit niedrigem Einkommen bieten sich kaum Gelegenheiten, das Klima aktiv zu schützen: Sie wohnen häufig in schlecht isolierten Wohnungen, besitzen ältere energiefressende Haushaltsgeräte oder fahren veraltete abgasintensive Autos. Daher müssen Programme zum Klimaschutz mit sozialen Komponenten verknüpft werden: Vorrangig ist die verstärkte energetische Sanierung im sozialen Wohnungsbau und eine zielgruppenspezifische Energieberatung in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften und sozialen Hilfsdiensten.

Die GRÜNEN treten für Gesundheitsprogramme ein, um Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien gesunde Ernährung zu gewährleisten. Verbraucherberatung soll Familien helfen, eine ressourceneffiziente Haushaltsführung zu ermöglichen.

## Soziales Köln – eine Stadt für Alle

Wir GRÜNE wollen eine politische Kultur der Solidarität in Köln, in der Respekt, Toleranz und Hilfe sowie das Engagement für die Gemeinschaft selbstverständlich sind und gestärkt werden. Wir wollen eine gerechte, zivile BürgerInnengesellschaft, die von Werten zusammengehalten wird. Diese Werte machen den Kern der Sozialen Stadt aus, für die wir GRÜNE arbeiten.



### Teilhabe aller Menschen

Die GRÜNEN richten ihre Stadtpolitik auf die Teilhabe aller Menschen in Köln aus. Nur wenn gewährleistet ist, dass Menschen nicht zum Beispiel aufgrund ihres sozialen Status oder ihrer Herkunft (ethnisch oder nach Stadtvierteln) ausgegrenzt werden, ebnen wir Menschen einen Weg, der möglichst unabhängig ist vom Bildungsniveau und vom sozialen Status ihrer Eltern.

### Wir bekämpfen die Armut – nicht die Armen

Unser Ziel ist es, Armut in Köln auch durch unsere kommunalen Mittel zu bekämpfen.

### KölnPass

Der größte Erfolg Kölner Sozialpolitik unter GRÜNER Beteiligung ist der KölnPass. Er ist ein wesentliches Instrument, um soziale Härten abzumildern. In der „Regierungsverantwortung“ mit der SPD haben es die GRÜNEN geschafft, den KölnPass auszuweiten auf den großen Personenkreis der ALG-II-BezieherInnen und die in Köln lebenden Flüchtlinge im Leistungsbezug.

Mit einer 50-prozentigen Ermäßigung im öffentlichen Nahverkehr können sich die Begünstigten eine Mobilität sichern, die Voraussetzung ist zur Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Städtische und stadtnahe Einrichtungen im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich bieten ebenfalls spürbare Ermäßigungen an, aber auch diverse private Anbieter wie der 1. FC Köln, freie BildungsträgerInnen und freie Theater.

Trotz des großen Umfangs der Vergünstigungen belastet der KölnPass den städtischen Haushalt nur gering. Tatsächlich erschließt der KölnPass zusätzliche Kundenkreise für Theater, Oper oder Zoo, sodass eine „Win-Win-Situation“ für KölnPass-InhaberInnen und Kommune entsteht.

### Armuts- und Reichtumsbericht

Unverzichtbar für eine steuernde und vorausschauende Sozialpolitik ist eine fundierte Lebenslagen-Berichterstattung, die mit einem Armuts- und Reichtumsbericht kombiniert werden muss. Diese Berichte machen Ursachen und Entwicklungen transparent, die Wirksamkeit von Maßnahmen wird überprüfbar und geeignete Instrumente können bestimmt werden.

## Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Sozialpolitik

- Lernmittelfreiheit für einkommensschwache SchülerInnen (kostenlose Schulbücher etc.)
- Vorlage eines Armuts- und Reichtumsberichts durch die Verwaltung
- Bekämpfung steigender Kinder- und Altersarmut
- Ausweitung des KölnPasses sowie Erweiterung des Leistungsspektrums
- Gestaltung der neuen sozialraumorientierten Politik in zehn Kölner Sozialräumen: Verstärkung von Prävention, Beteiligung der BürgerInnen an Entscheidungen, Vernetzung bisheriger Beratungsangebote

### Erfolge GRÜNER Sozialpolitik

- Einführung und Stärkung des KölnPasses: In 2007 wurden 150.000 KölnPässe genutzt (davon fast 2/3 durch BezieherInnen von Hartz-IV-Leistungen)
- Beitragsfreiheit für die Betreuung von Kindern aus einkommensschwachen Familien
- Mittagessen für einen Euro für einkommensschwache Kinder im Rahmen der Betreuung
- Die Kürzung der Landesmittel für einkommensschwache SchülerInnen wurde aus dem städtischen Haushalt aufgefangen. So wurde Kompetenzgerangel zwischen Land und Kommune zu Lasten der Bildungschancen der Kinder abgewendet



**Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind vorrangige Ziele der Sozialpolitik.** Teilhabe an der heutigen Gesellschaft definiert sich in erster Linie über Bildung und Erwerbsarbeit. Grundgedanken der Beschäftigungsförderung müssen daher sein: Unterstützung und respektvolle Behandlung von Arbeitslosen, Fördern vor Fordern, Motivieren statt Sanktionieren. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kann nicht durch Sozialpolitik und Beschäftigungsförderung allein gelöst werden, sie verlangt auch ressortübergreifende, integrierte kommunale Gesamtkonzepte.

### Eine Beschäftigungspolitik muss sich an folgenden Zielen orientieren:

- Erwerbslose werden nach Möglichkeit in den Arbeitsmarkt integriert
- Nutzung der stadteigenen Betriebe zur Qualifizierung und Beschäftigung
- Stabilisierung der Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen durch umfassende soziale Hilfen
- Beachtung von Respekt und Menschenwürde der Hilfesuchenden

### ARGE/Hartz IV

Seit 2005 betreibt die Stadt Köln gemeinsam mit der Arbeitsagentur die ARGE. Durch Einwirkung der Bundesagentur und des Bundesarbeitsministeriums über bürokratische Vorschriften, Finanzen, Controlling und IT schwindet der Einfluss der Kommune kontinuierlich. Die Stadt muss lokale Handlungsfreiheit zurückgewinnen und Einfluss auf die Organisation und Programmgestaltung der ARGE erhalten. Die ARGE benötigt genügend und gut ausgebildetes Personal. Hilfen müssen Vorrang vor Sanktionen haben. Es muss weiterhin einen Beirat für die ARGE geben, der insbesondere Gewerkschaften, ArbeitgeberInnen, freie TrägerInnen sowie die Arbeitsloseninitiativen einbindet und eine politische Diskussion der Programme ermöglicht. Städtische Sozialpolitik darf nicht in einer bürokratischen Arbeitslosenverwahranstalt enden.

## Nachhaltiges Wirtschaften



### Beschäftigungsprogramme

Durch Beschäftigungsprogramme sollen schulische Abschlüsse ermöglicht und Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet werden. Von den BeschäftigungsträgerInnen erwarten wir neue nachhaltige Arbeitsplätze, die wirtschaftlich ausgerichtet sind und sozialen Anforderungen genügen. Anzustreben sind tarifliche Arbeitsverhältnisse.

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre Beschäftigungsförderung

- Eine möglichst weitgehende kommunale Organisation der gesamten SGB-II-Hilfen
- Gemeinsame Programm- und Maßnahmenentwicklung mit den freien TrägerInnen
- Bei städtischen Investitionen und Auftragsvergaben wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose angestrebt
- Schnittstelle zu Integrationsbetrieben, Eingliederungshilfen nach SGB XII und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen werden ausgebaut
- Wirkungsvollere Kooperation mit der Jugendhilfe zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (gemeinsame niedrigschwellige Ausbildungsangebote, pädagogische Begleitung der Beschäftigungsförderung)

### GRÜNE Erfolge in der Beschäftigungsförderung

- Verbleib der Förderung von wohnungslosen Menschen und Menschen in besonders schwierigen sozialen Lagen beim Sozialamt
- Sicherung der Betriebe des Möbelverbundes und der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim
- Keine Zwangsumzüge von SGB-II-EmpfängerInnen

### Nachhaltiges Wirtschaften

GRÜNE Wirtschaftspolitik verbindet Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaften auf kreative und intelligente Weise. Nachhaltiges Wirtschaften ist eine Querschnittsaufgabe und bezieht traditionelle Wirtschaftssektoren ebenso ein wie umweltorientierte Bereiche.

### GRÜNE Impulse für die Wirtschaft

GRÜNE Wirtschaftspolitik fördert den Branchenmix und stärkt zugleich die Entwicklungspotenziale Kölns. Diese liegen unverkennbar in der Medien- und Kulturwirtschaft, der Finanzdienstleistung, dem Kongresswesen, dem Städtetourismus, insbesondere aber in den Branchen der kreativen Ökonomie. Diese kann sich aber nur in einem städtischen Milieu mit urbanen und ökologischen Qualitäten weiter entfalten; sie braucht kreative Räume wie zum Beispiel auf den ehemaligen Industrieflächen in Mülheim.



Eine wesentliche Aufgabe städtischer Wirtschaftspolitik besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen den vielfältigen Hochschul- und Forschungseinrichtungen und den zukunftssträchtigen Branchen wirkungsvoller als bisher zu fördern.

### Leitlinien GRÜNER Wirtschafts- und Liegenschaftspolitik

Städtische Planungen sollen sich an den Zielen der kompakten Stadt orientieren: kompakte, am Nutzungsmix orientierte Strukturen, flächensparend, funktional, sozial gemischt. Gewerbe- und Industriestandorte in Gemengelagen sollen gesichert werden. Kurze Wege senken Verkehrsaufkommen sowie Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß.



### Kleine und mittlere Betriebe schaffen Arbeitsplätze

**Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise wird auch für die Kölner BürgerInnen und Unternehmen spürbare Auswirkungen haben.** Es muss geprüft werden, ob und inwiefern es auf kommunaler Ebene Ergänzungsbedarf und -möglichkeiten zu Konjunkturprogrammen gibt. Viele der in unserem Wahlprogramm vorgeschlagenen Projekte stellen hierbei sinnvolle und nachhaltige Investitionsmöglichkeiten dar.

Die GRÜNEN werden weiterhin vor allem klein- und mittelständische Betriebe, Handwerk und den Einzelhandel in den Bezirkszentren sowie Projekte der Stadtteilökonomie fördern, da sie die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Großflächigen Einzelhandel wollen die GRÜNEN begrenzen und „auf der grünen Wiese“ gar nicht erst zulassen.

### ÖKOPROFIT nun endlich auch in Köln.

Bei ÖKOPROFIT (Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelttechnik) verbessern Betriebe durch gezielte Beratung ihre Umweltbilanz und sparen gleichzeitig Kosten. Mit thematischen Workshops und Vor-Ort-Beratungen werden die Möglichkeiten der Senkung des Energie- und Wasserverbrauchs sowie des Abfallaufkommens erforscht.

In NRW wurden bereits 5.500 Maßnahmen in 775 Unternehmen umgesetzt (Stand 3/08). Dabei wurde der Wasserverbrauch um etwa 1.880.000 m<sup>3</sup> pro Jahr reduziert, der Energiebedarf um knapp 260 Mio. kWh und es fielen 46.000 Tonnen weniger Abfall an.

Mit Investitionen von 60 Mio. Euro konnten jährliche Einsparungen in Höhe von über 28 Mio. Euro erzielt werden, was einer Amortisationszeit von 2,2 Jahren entspricht.

Auf Vorschlag der GRÜNEN Ratsfraktion hat der Rat die Verwaltung mit der Durchführung des Projektes in Köln beauftragt, sodass ab diesem Jahr auch Kölner Betriebe in ähnlicher Weise profitieren können.

### Logistikstandort Köln ökologisch entwickeln

**Den Logistikstandort Köln wollen wir GRÜNE flächenschonend und emissionsreduziert weiterentwickeln:**

Köln braucht ein Hafenlogistikkonzept, bei dem die Potenziale im Hafen Niehl ausgeschöpft werden, ohne dass sich die Belastungen für die AnwohnerInnen durch den zusätzlichen Verkehr und die weitere Lärm-entwicklung verstärken. Auf den Hafenausbau Godorf wird verzichtet. Der Ausbau des kombinierten Lade- und Güterschienenverkehrs wird gefördert.

Der Bedeutungsverlust des Deutzer Hafens für den wassergebundenen Umschlag ist unverkennbar. Wir GRÜNE favorisieren einen ergebnis-offenen Planungsprozess, um auch hier einen Strukturwandel zu befördern, aber auch, um Bodenspekulationen einzudämmen. Vorhandene Industriearbeitsplätze sollen durch Verlagerungen gesichert werden.

Beim Flughafen Köln/Bonn ist bislang ein Interessensausgleich zwischen den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung und dem Flughafen gescheitert. Zuletzt verlängerte die Landesregierung die Nachtfluggenehmigung bis 2030. Wir GRÜNE setzen uns kurzfristig für Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr mittels Lärm- und Bewegungskontingentierungen ein. Langfristig wollen wir ein Nachtflugverbot im Rahmen einer EU-weiten Regelung erreichen.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Wirtschaftspolitik:

- Förderung von ÖKOPROFIT-Projekten für kleine und mittelständische Unternehmen zur Erzielung positiver Umweltbilanzen beim Ressourcenverbrauch
- Förderung und Ausbau von Branchennetzwerken, zum Beispiel im Medien und IT- sowie im Industriesektor, Schaffung von Gründerzentren und Existenzgründerprogrammen
- Aufbau eines GründerInnen-Netzwerks für regenerative Energien

- Standort- und Strukturpolitik: Entwicklung kreativer Räume zwecks Ansiedlung von Unternehmen der Kreativbranchen – vor allem in den Stadtbezirken Ehrenfeld und Mülheim
- Etablierung eines strategischen Flächenmanagements zur nachhaltigen Bodenbewirtschaftung, Flächenbevorratung und Finanzierung von Flächenentwicklungen
- Die Verlagerung des Großmarkts und der Aufbau eines Frischelogistikzentrums im Gewerbegebiet Marsdorf wird vorangetrieben
- Der Flughafen Köln/Bonn soll mehrheitlich in kommunaler Hand bleiben

#### Erfolge GRÜNER Wirtschaftspolitik:

- Verlagerung von NKT Cables in den Industriepark Flittard und Planungen für die ehemaligen KHD-Industriebrachen
- Erlöse aus Siedlungserweiterungen fließen in einen Grundstücks-etat, aus dem Flächen für Grünnetzungen erworben werden
- Energetisches Bauen: Veräußerung städtischer Wohnungsbau-Grundstücke an InvestorInnen mit der Auflage, Energiesparhäuser nach KfW-Standard und Gewerbebauten gemäß Energieeinsparverordnung zu errichten

## Kultur

### Lebensqualität und Lebensfreude durch kulturelle und künstlerische Vielfalt in Köln



GRÜNE Kulturpolitik möchte die Vielfalt der Kulturen und der Künste in Köln bewahren, fördern und weiter ausbauen! Wir betonen die Autonomie des künstlerischen Schaffens sowie den Erhalt und die Bewahrung der kreativen Vielfalt in Köln. Kultur und Kunst sind nicht nur als Form der Auseinandersetzung von Menschen mit der eigenen Entwicklung wichtig, sondern auch eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Kulturelle und künstlerische Vielfalt (Kunst, Musik, Literatur, Theater, Tanz etc.) wirkt identitätsstiftend, verbindend und kreativ anregend für das Leben in einer Stadt.

Kunst und Kultur sind als Formen der Auseinandersetzung von Menschen mit ihrer Gegenwart grundlegende Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Dazu gehört die Möglichkeit für alle Menschen, die hier leben, Kultur zu erfahren und zu gestalten. Wir GRÜNE in Köln stehen für eine Öffnung der kulturellen Angebote bis in die Stadtteile hinein, um alle Menschen zu erreichen und zu beteiligen.

#### „Eine Kultur – viele Kulturen“: Internationales und Interkulturelles

Das Kölner Kulturleben soll wieder internationaler werden. Dazu wollen wir ausländische Kulturzentren, Kulturinstitute und Konsulate sowie internationale Netzwerke stärker in das Kölner Kulturleben einbeziehen.

Die in Köln lebenden Menschen aus ca. 180 Nationen werden häufig zu BotschafterInnen und MittlerInnen ihrer Kultur. Sie bilden Kulturvereine, organisieren Kulturveranstaltungen, Ausstellungen und Lesungen, zeigen Filme oder gründen Theatergruppen. Dieser Kultur wollen wir Raum geben und sie stärken.

#### Gute Bedingungen für die Kulturszene

Ein Kulturbüro soll als kompetente Anlaufstelle für Kulturschaffende und Kreative folgenden Service bieten:

- Vermittlung von Kontakten und Arbeitsräumen
- Spartenübergreifendes Raummanagement
- Unterstützung bei Netzwerkbildung und Vermarktung
- Beratung im Rahmen von Existenzgründung und Fördermöglichkeiten
- Moderation zwischen Kulturschaffenden und Ämtern

Die auf Initiative der GRÜNEN entwickelten städtischen Förderkonzepte gewährleisten eine Planungssicherheit für Kreative und KünstlerInnen. Bisher wurde das Theater-Förderkonzept erfolgreich realisiert. Die Konzepte für Literatur und interkulturelle Kunstprojekte wurden 2008 verabschiedet. Das Musikförderkonzept steht vor der Umsetzung. Die GRÜNEN forcieren die Entwicklung und Umsetzung der Konzepte für Bildende Kunst, Tanz, Film, Fotografie und Design.

## Kulturelle Bildung

Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, seine eigene künstlerische Ausdrucksform zu entwickeln. Dazu gehören ein möglichst früher Zugang zu Musikinstrumenten, zum Umgang mit Farben und Formen, zu Theater und Tanz, Büchern und Film. Besonders wichtig sind uns künstlerische Angebote im Rahmen der Ganztagschule.

## Bibliotheken, Archive und das NS-Dokumentationszentrum

Die Bibliotheken, Mediatheken und Archive sind das kulturelle Gedächtnis der Stadt. Pro Stadtbezirk muss es mindestens eine Stadtteilbibliothek geben. Wichtig sind hier publikumsfreundliche Öffnungszeiten und ein Bücherangebot, das auch sprachlich der kulturellen Vielfalt Rechnung trägt. Lesungen und Schreibwerkstätten für Jugendliche und ein attraktiver Bücherbus runden das Angebot ab.

Im NS-Dokumentationszentrum soll das ZeitzeugInnen-Programm mit Opfern des Nationalsozialismus weitergeführt werden. Der Innenhof als ehemalige Hinrichtungsstätte soll als Gedenkstätte und nicht als Parkplatz genutzt werden. Das NS-Dokumentationszentrum soll als eigenständige, unabhängige Institution erhalten bleiben.

## Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Kulturpolitik

- Freier Eintritt für ALLE in die ständigen Sammlungen der Museen
- Stärkung der Freien Szene durch transparente Weiterentwicklung und Umsetzung von Förderkonzepten für die einzelnen Kultursparten und Einbeziehung der Kulturschaffenden
- Verbesserung des Angebots an günstigen Atelier- und Probenräumen
- Förderung des internationalen Ausstellungsaustauschs
- Nischen für experimentelle, neue und progressive Kulturtrends vorsehen
- Einrichtung von Kulturbüros als kompetente Anlaufstelle für Kulturschaffende und Kreative
- Unterstützung der Netzwerkbildung zwischen einzelnen Musikern, Spielstätten und Institutionen
- Ausweitung der Kooperationen der städtischen Bühnen mit der Freien Szene und ein Tanzhaus für die Freie Szene

- Verstärkte Kulturförderung in den Stadtbezirken
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erschließung und Zugänglichkeit des Böll-Archivs, des Stadt-Archivs und des Archivs Kölner AutorInnen

Nach dem Einsturz des Historischen Archivs am 3. März 2009 ist die Frage des Neubaus dringend zu entscheiden. Glücklicherweise konnten viele der Schätze durch den engagierten Einsatz der Rettungskräfte aus ganz Deutschland geborgen werden. Vielen KölnerInnen wird erst jetzt bewusst, was dieses Archiv für ihre Stadt bedeutet.

## Wir GRÜNE treten für eine rasche Neubauplanung des Archivs ein:

- Das neue Archiv soll einen prominenten Standort in der Innenstadt erhalten
- Es soll ein Bürgerarchiv werden, ein offenes Haus mit Ausstellungs- und Veranstaltungsmöglichkeiten
- Es soll sowohl ein Ort der Forschung als auch ein Treffpunkt historisch interessierter Laien sein
- Die Magazine sollen Raum für das Material auch der kommenden Generationen bieten
- Selbstverständlich muss das neue Archiv energetisch nach den modernsten Standards gebaut werden

## Erfolge GRÜNER Kulturpolitik

- Erstellung der Förderkonzepte für die Freie Szene, zum Beispiel in den Bereichen Theater, Literatur und „Interkulturelle Kunstprojekte“
- Einrichtung der Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsradikalismus
- Freier Eintritt in die Kölner Museen für alle SchülerInnen, Jugendlichen unter 18 Jahren und KölnPass-InhaberInnen
- Möglichkeit für alle Kölnerinnen und Kölner, einmal im Monat eintrittsfrei die ständigen Sammlungen besuchen zu können
- Kulturentwicklungsplan
- Erhalt der „Bühne der Kulturen“ in Ehrenfeld und der Kölner Musikfabrik
- Fortführung des ZeitzeugInnen-Programms im NS-Dokumentationszentrum
- Neueröffnung des Rautenstrauch-Joest-Museums
- Stärkung der Kölner Designszene, beispielsweise durch den Kölner Designpreis

## Global denken – lokal handeln



Die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Klimaschutz, fairer Handel oder die Stärkung der Bürger- und Menschenrechte lassen sich nur in einer Kultur der grenzüberschreitenden Kooperation bewältigen.

### Köln in globaler Partnerschaft

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln ihre Entwicklungszusammenarbeit ausweitet und verstärkt. Wir wollen die in der Stadtgesellschaft vorhandenen Potenziale in einem „Netzwerk Köln“ in globaler Partnerschaft bündeln und die Städtepartnerschaften konsequent zu einem globalen Netzwerk weiter entwickeln.

### Kommunale Selbstverwaltung in der Europäischen Union stärken

Wir treten insbesondere dafür ein, die EU zu einer Union der Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln, das Mitspracherecht der Städte bei der europäischen Gesetzgebung zu stärken und die kommunale Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt zu sichern. Als GRÜNE nutzen wir deshalb aktiv den Erfahrungsaustausch in europäischen Städtenetzwerken wie EUROCITIES und POLIS.

### Europäische Metropolregion Köln/Bonn

Die Region Köln/Bonn ist der Kern einer zu entwickelnden Metropolregion, die für die Zusammenarbeit mit weiteren Städten und Kreisen offen ist. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, im „Region Köln/Bonn e.V.“ neben dem Privatsektor verstärkt zivilgesellschaftliche Akteursgruppen in die regionale Netzwerkarbeit zu integrieren.

### Lokal Handeln: GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre

- Erhöhung der Europäischen Handlungskompetenz der Verwaltung
- Effektive Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele vor Ort, unter Einbeziehung der Städtepartnerschaften

### GRÜNER Erfolg lokalen Handelns

- Ratsbeschluss: Selbstverpflichtung der Verwaltung, fair gehandelte Produkte zu verwenden und auf Produkte aus Tropenholz und Kinderarbeit zu verzichten

### Die Millenniumsentwicklungsziele – eine Chance für Corinto und El Realejo (Nicaragua)

Ohne Übernahme globaler Verantwortung durch Städte wie Köln sind Ziele wie die Verringerung der Armut, der Schutz der Umwelt, Bildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter nicht zu erreichen. Eine Städtepartnerschaft bietet einen idealen Rahmen, um die durch 70 Prozent Arbeitslosigkeit und gravierende Mängel im Umweltschutz gekennzeichnete Situation in Corinto und El Realejo verbessern zu helfen.

In einem Aktionsprogramm verpflichtet sich Köln zu einer Intensivierung der bisher durch Institutionen und Einzelpersonen geleisteten Arbeit: Im Rahmen eines Millennium-Tages an Schulen sollen die Partnerstädte vorgestellt und Unterstützer in einem Netzwerk eingebunden werden. Verwaltung und Rat berücksichtigen bei ihren Entscheidungen die globale Verantwortung und nicht zuletzt gewährt die Stadt direkte personelle und finanzielle Unterstützung.

## Beteiligung und Engagement der BürgerInnen



Ohne bürgerschaftliches Engagement sind zahlreiche Initiativen aus den Bereichen Umwelt, Soziales, Kultur, Frauenförderung, Sport und Integration nicht möglich. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Form der gesellschaftlichen Beteiligung, die die Stadtgesellschaft zusammenhält.

Wir GRÜNE setzen uns für die Weiterentwicklung dieser lebhaften Engagementkultur ein. Alle Engagierten sollen durch den Aus-

bau des Ehrenamtstags, des Ehrenamtspreises und des Wettbewerbs „Unternehmen - engagiert in Köln“ weiterhin Anerkennung für ihre Leistungen erhalten.

### GRÜNE Erfolge bei der Beteiligung von BürgerInnen

- „Bürgerhaushalt 2008“
- Aufbau des Netzwerks zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Erfolgreiche BürgerInnenbeteiligungsverfahren bei der Online-Befragung zur Neugestaltung der Ringe, beim BürgerInnenplan West in Braunsfeld sowie bei der BürgerInnenwerkstatt Bocklemünd
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Spielplatzgestaltungen
- Erhöhung des Bekanntheitsgrades des „Beschwerdeausschusses“ durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre

- Stärkere Beteiligung der Stadtbezirke am BürgerInnenhaushalt
- Städtische Förderrichtlinien sollen die Anrechnung ehrenamtlicher Arbeit als „Eigenmittel“ ermöglichen
- Bessere Unterstützung, Förderung und Verzahnung der Vermittlungsagenturen für Freiwillige und der AkteurInnen im Kölner Netzwerk Bürgerengagement
- Durchführung eines „BürgerInnengutachten“ bei der KVB: BürgerInnen können sich in einem systematischen Verfahren mit Vorschlägen und Konzepten einbringen
- Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung auch auf Planungsbereiche wie Autoverkehr oder Masterplan Innenstadt und auch zu einem Thema wie „schilderfreie Stadt“
- Initiative gegenüber dem Land, BürgerInnenbegehren auf Planfeststellungsverfahren und Bauleitpläne auszudehnen
- Der Internetauftritt der Stadt Köln soll das Verwaltungshandeln der Stadt für die BürgerInnen nachvollziehbar machen

## Frauen



**Frauen nach vorn – bei den Kölner GRÜNEN ist das kein leeres Versprechen, sondern Programm.** Als einzige Partei im Kölner Rat haben wir eine frauenpolitische Sprecherin, Frauen stellen bei uns 50% der MandatsträgerInnen.

Wir fordern die Stadt Köln auf, die Kommunalstelle „Frauen und Wirtschaft“ wieder einzurichten und die Zusammenarbeit mit Unternehmen zu verstärken, die eine vorbildliche Frauenförderung praktizieren. Die Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften und Betriebe sollen zukünftig zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden. In den stadteigenen Unternehmen fordern wir eine paritätische Stellenbesetzung auf Leitungsebene.

Wir haben uns für die erfolgreiche Arbeit von Frauenprojekten eingesetzt, die zum Ziel haben Zugangsbarrieren von Frauen vor allem von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt abzubauen und den Einstieg zu erleichtern.

### Frauen und Kultur

Frauenkulturprojekte tragen zu den vielfältigen kulturellen Angeboten Kölns entscheidend bei. Wir fordern ein stärkeres städtisches Engagement für Frauenkulturprojekte und mehr Unterstützung für Künstlerinnen. Wir wollen eine stärkere Wahrnehmung der kulturellen Angebote von Frauen erreichen.

### Geschlechtersensible Informationspolitik

Wir fordern die Ämter wie das Gesundheitsamt, das Jugendamt oder das Wirtschaftsamt auf, Frauen mit geschlechtsspezifischen Informa-

tionen anzusprechen. Wir setzen uns für den Ausbau von Frauen- und Mädchenberatungsangeboten ein. Zugangshemmnisse von Migrantinnen ins Gesundheitssystem müssen durch ein spezielles Beratungs- und Aufklärungsangebot gesenkt werden.

### Schutz vor Gewalt

Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen besonderen Schutz und Hilfsangebote. Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit des Bündnisses autonomer Frauenprojekte gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Wir sprechen uns für den Ausbau der Interventionsstellen gegen Gewalt aus.

### Gleichstellung von Frauen

Frauen sind immer noch in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt. Deshalb fordern wir die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen kommunalen Handels. Von der Stadt Köln verlangen wir, dass der Frauenförderplan konkrete Zielvorgaben enthält und zügig umgesetzt wird.

GRÜNES Ziel ist ein geschlechtergerechter Haushalt. Mittel aus dem kommunalen Haushalt sollen deshalb nach Abschätzung des geschlechtsspezifischen Nutzens und der Auswirkungen vergeben werden. Frauen und Männer nutzen den öffentlichen Raum unterschiedlich: diesem Unterschied muss in Planung, Mittelvergabe und Umsetzung Rechnung getragen werden.



## Bildung

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Frauenpolitik:

- Förderung von Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt
- Wiedereinrichtung der Kommunalstelle „Frauen und Wirtschaft“
- Unterstützung von Frauenkulturprojekten und Künstlerinnen
- Erhalt und Ausbau von geschlechtersensiblen Beratungsstellen, Frauenhäusern sowie Frauen- und Mädchenprojekten
- Erhalt und Ausbau der Hilfs- und Beratungsangebote für die in Köln von Frauenhandel und Zwangsprostitution Betroffenen, Anlaufstellen sind mit interkultureller Kompetenz auszustatten
- Konkretisierung und zügige Umsetzung des Frauenförderplans
- Geschlechtergerechte Haushaltspolitik bei der Vergabe von öffentlichen Geldern
- Geschlechtersensible Gestaltung neuer Stadtbahnhaltestellen

### Erfolge GRÜNER Frauenpolitik:

- Finanzierung der Interventionsstellen gegen Gewalt
- Finanzierung der autonomen Frauenprojekte in den Bereichen Gesundheit, Migration, Arbeitsmarkt und Lebensberatung
- Schaffung eines Sonderprogramms für Migrantinnen



#### KLASSE-Projekt

Klasse = Klima-Aktion Schulen-Sparen-Energie

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Hausmeister versuchen insbesondere durch verändertes Verhalten Energie, Müll und Wasser zu sparen. 50 Prozent der eingesparten Mittel verbleiben in der jeweiligen Schule. Über dieses Geld kann die Schule frei verfügen.

### Barrierefreie Bildung für Alle

**In einer Wissensgesellschaft ist für die GRÜNEN Bildung ein zentrales Zukunftsthema.** Der GRÜNE Bildungsbegriff ist ganzheitlich: Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung und hört nicht mit dem Berufsabschluss auf. Bildung ist nicht nur eine Sache des Wissens, sondern auch sozialer, ästhetischer, ökologischer und interkultureller Kompetenzen. Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Auch Jugendhilfeeinrichtungen, Freizeitmaßnahmen und öffentliche Räume sind wichtige Bildungsorte.

Die Potenziale des Individuums und ihre Förderung in der Lebensperspektive sind als Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen anzusehen.

### Erfolge GRÜNER Bildungspolitik

- Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligten AkteurInnen vor Ort in sogenannten Bildungslandschaften
- Initiativen zur Verdopplung der Plätze im Gemeinsamen Unterricht (GU)
- Erhalt der Schulbibliotheken
- Berücksichtigung pädagogischer Erfordernisse in der Schularchitektur
- Einstieg in die Umstrukturierung des schulpsychologischen Dienstes hin zu Beratungszentren in Zusammenarbeit mit der Familienberatung

### Vorhaben GRÜNER Bildungspolitik

- Kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule: Abschaffung der Gebühren für Kindertagesstätten
- Qualitätssteigerung in Kindertagesstätten wird unter anderem durch kleinere Gruppen, bessere Betreuungsschlüssel und durch eine umfangreichere Weiterbildung des Personals angestrebt
- Abschaffung aller Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem

## Programm der Grünen Jugend Köln

- Ausbau der Integration von Kindern mit Behinderungen in allen Formen von Vorschule und Schule
- Ausbau der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Formen von Vorschule und Schule
- Eine Schule für alle bis zum 10. Schuljahr ohne vorzeitige Selektion, einschließlich der Förderung der Kinder nach ihren besonderen Fähigkeiten und Möglichkeiten
- Ausbau des „Offenen Ganztags“ zur echten Ganztagschule für alle Kinder unter Einbeziehung der vielfältigen Angebote der Jugendhilfe
- Gesundes, ökologisches und kostenfreies Mittagessen in allen vorschulischen und schulischen Ganztagsangeboten
- Weitere Verstärkung der Schulsozialarbeit und der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Familienberatung und Schulpsychologie
- Stärkung der Selbstverwaltung der Schulen, auch bei der Personalauswahl

Ein großer Teil dieser Vorhaben kann nur mit Unterstützung des Landes und des Bundes umgesetzt werden. Den größten Einfluss hat die Stadt Köln auf die Entwicklung der vorschulischen Bildung und Erziehung. Für den kostenlosen Besuch der Kindergärten fordern wir die Unterstützung des Landes.



**Wir, die GRÜNE JUGEND KÖLN, stehen hinter den Zielen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN KÖLN.** Als Jugendverband vertreten wir die Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum Alter von 28 Jahren. Die folgenden Punkte sind uns bei den GRÜNEN besonders wichtig.



### Jugend braucht Öffentlichkeit!

Für eine vielfältige Jugendkultur müssen Räume geschaffen werden. Wir wehren uns gegen eine immer weitergehende Privatisierung von öffentlichem Raum, wie es zum Beispiel durch zahlreiche Einkaufszentren geschieht. Dort gelten private Hausordnungen, in denen für Menschen, denen nicht der Sinn nach fortwährendem Konsum steht, kein Platz ist. Viele Jugendliche werden dadurch kategorisch ausgeschlossen.

Wir fordern außerdem eine konsequente Umgestaltung öffentlicher Plätze. Zahlreiche Verbote schränken heute die Freiheiten von Jugendlichen und den Entdeckungsdrang von Kindern ein. Doch nicht nur in der Innenstadt, auch in den Veedeln muss es Raum für die Entfaltung von Jugendkultur geben. Jugendzentren müssen entschieden gestärkt werden, damit sie ihr Angebot weiter ausweiten können. Dabei begrüßen wir innovative und alternative Konzepte, z.B. das erfolgreiche Konzept der Abenteuerhalle Kalk.

### Kölner Schulen – mehr als nur Büffeln für G8!

Schule muss ein Ort des Lernens auf allen Ebenen sein. Damit SchülerInnen neben dem Pflichtstoff auch weitere Kompetenzen, beispielsweise im Sport-, Kultur- und Musikbereich erwerben können, sollten ALLE Kölner Schulen vernünftige Ganztagschulkonzepte entwickeln. Heute besteht die so genannte Nachmittagsbetreuung meist nur aus einer provisorischen Hausaufgabenbetreuung. In Zukunft muss Köln das Angebot seiner unzähligen freien TrägerInnen, wie Sportvereine,



## Kinder und Jugend

Musikschulen sowie der Kunst- und Kulturschaffenden vermehrt nutzen. Diese erweitern die kreativen Gestaltungsmöglichkeiten eines unterrichtsfreien Nachmittags enorm. Dabei sollten auch externe Räumlichkeiten, wie zum Beispiel Sporthallen oder Theaterräume miteinbezogen werden.

### Mehr Mobilität für Kölns Jugend

Obwohl das Fahrrad ein preiswertes und umweltfreundliches Transportmittel ist, greifen zu wenig Jugendliche darauf zurück. Wenn Schlaglöcher eine Radfahrt nicht mehr zum Hindernisparcours machen, parkende Autos nicht mehr den Weg versperren und endlich auch Hauptverkehrsachsen sichere Radstreifen oder -wege erhalten, dann steigen bestimmt auch immer mehr Jugendliche aufs Fahrrad um.



Unter der Woche haben viele Jugendliche keine Möglichkeit, nach ein Uhr nachts nach Hause zu gelangen. Das kann und darf nicht sein! Wir setzen uns für einen generellen Ausbau des Kölner Nachtverkehrs ein. Bahnen und Busse sollen auch in den Nächten von sonntags bis donnerstags stündlich fahren.

Wir werden auch noch in der Welt von übermorgen leben, die Auswirkungen der Klima- und Finanzkrise werden uns besonders hart treffen! Deshalb fordern wir nachhaltiges Handeln kommunaler Politik in allen Bereichen und setzen uns dafür ein! Wenn du dich auch einmischen willst, komm zu uns!

Aktuelle Termine und Aktionen unter: [www.gruene-jugend-koeln.de](http://www.gruene-jugend-koeln.de)

### Die Zukunft der Stadt

**Unser Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche in Köln so aufwachsen, dass sie ihre Zukunft und die Zukunft der Stadt selbst und in Verantwortung für die Gemeinschaft in die Hand nehmen können.** Dazu gehört der gleichberechtigte Zugang aller Kinder zu den Bildungseinrichtungen, aber auch die gesamte Gestaltung des Lebens von Kindern und Jugendlichen in der informellen Familien-, Kinder- und Jugendarbeit. Eine sozialraumbezogene und gesamtstädtische integrierte Schul-, Bildungs- und Jugendhilfeplanung ist notwendig, um die folgenden Vorhaben umzusetzen.



### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Kinder- und Jugendpolitik

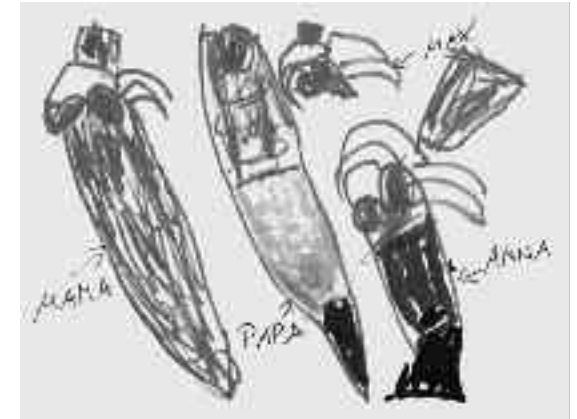
- Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit: In allen Kölner Jugendzentren muss ein personeller Mindeststandard von drei pädagogischen MitarbeiterInnen gelten
- Förderung der Kinder- und Jugendkulturarbeit
- Förderung des Bewusstseins für Geschlechtergerechtigkeit durch Mädchen- und Jungenarbeit
- Der öffentliche Raum in Köln (Plätze, Straßen, Einrichtungen) muss sich noch stärker an den Bedürfnissen auch von Kindern und Jugendlichen orientieren. Wir GRÜNE wollen jugendlichen SkaterInnen weiterhin die Nutzung der Domplatte ermöglichen
- Sanierung und Erhalt von Spielplätzen
- Aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtplanerischen Maßnahmen

## Familie

- Förderung des Verständnisses für Natur und Kultur, Gesundheit und Sport durch gezielte und integrierte Angebote in den Stadtteilen, in den Bildungs- und Jugendeinrichtungen; Befähigung der Beteiligten zu selbstverantwortlichem Handeln
- Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben, wollen wir mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Jugendberufshilfe so fördern, dass alle einen Schulabschluss erreichen und einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden können
- Aufbau von intelligenten und effizienten Kooperationsstrukturen von offener Jugendarbeit, Schule, Jugendsozialarbeit und Streetwork; interkulturelle Kompetenz ist für eine erfolgreiche Jugendarbeit in Köln unersetzlich und soll gefördert werden

### Erfolge GRÜNER Kinder- und Jugendpolitik

- Abfederung der negativen Folgen der Landesgesetzgebung (KiBiz) durch städtische Mittel
- Ausbau der Kitaplätze für Unter-3-Jährige; Versorgungsquote konnte auf 23 Prozent gesteigert werden
- Für ein Drittel der Kinder ist der Besuch der Ganztagschule kostenfrei, für alle Kinder im dritten Kindergartenjahr wurden die Gebühren um 50 Prozent abgesenkt
- Die Förderung der Jugendkulturarbeit wurde deutlich verbessert



**Familien sind dort, wo Kinder heranwachsen oder wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.** Dazu gehören für uns GRÜNE neben der „klassischen“ Familie selbstverständlich auch Ein-Eltern-Familien, Adoptivfamilien, Pflegefamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien und familiäre Netzwerke über Generationengrenzen hinweg.

Als GRÜNE streben wir ein familienfreundliches Köln an, in dem sich Familien wohl fühlen, ihren Bedürfnissen Rechnung getragen wird und sie die Unterstützung erfahren, die in den unterschiedlichen Lebenslagen gebraucht wird.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Die Stadt soll für Unternehmen Anreize schaffen, MitarbeiterInnen mit Familie zu fördern.

Wir unterstützen Kindertagesstätten und -projekte, die von Elterninitiativen gegründet worden sind. Wir wehren uns dagegen, dass diese durch Folgen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ausbluten.

Wir fordern eine familiengerechte Wohnungspolitik: Günstiger und attraktiver Wohnraum muss bereitgestellt werden. Das Umfeld der Wohnungen soll durch wohnungsnahes Grün attraktiv gestaltet sein.

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Familienpolitik

- Familien und Alleinerziehende wollen wir durch flexiblere Kinderbetreuungszeiten unterstützen
- Familien und Alleinerziehende wollen wir durch aufsuchende Beratung und Familienbildung sowie durch Vermittlung entsprechender Angebote in ihrer Erziehungsfähigkeit stärken. Gleichzeitig sollen der Kindeswohlgefährdung, der Fehlernährung und der Jugendkriminalität vorgebeugt werden
- Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren
- Familiengerechte Stadtplanung
- Gute Erreichbarkeit der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- Gleichgeschlechtliche und nicht verheiratete Paare sollen in Adoptionsverfahren Ehepaaren und Einzelpersonen gleichgestellt werden

## SeniorInnen

Mittlerweile ist etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung älter als 60 Jahre. Wir GRÜNE treten für eine Politik ein, die sich an den Bedürfnissen von SeniorInnen orientiert und gleichzeitig Kinder und Jugendliche – die Zukunft unserer Stadt – nicht benachteiligt.

### Miteinander statt nebeneinander

Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel positiv gestalten und ein Miteinander der Generationen fördern. Generationenplätze und Parks wie am Rathenauplatz oder in Volkhoven mit vielfältigen Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind modellhaft für ein Miteinander aller Altersklassen. Das neu entstehende Mehr-Generationen-Wohnen bedeutet generationenübergreifendes Leben und Wohnen und damit gelebte Solidarität.

### Mehrgenerationenwohnen ausweiten

Angesichts des Verlustes traditioneller Familienformen träumen viele vom „Mehrgenerationenwohnen“: Eine eigene Wohnung, einige Mitmieter und einen Gemeinschaftsraum. Ältere BewohnerInnen betreuen Kinder bei den Hausaufgaben, Jugendliche kaufen für Ältere ein und im Krankheitsfall unterstützen sich BewohnerInnen gegenseitig.

Die GRÜNEN haben mit dafür gesorgt, dass dieser Traum in Köln Realität werden kann:

Investoren, die Häuser für Mehrgenerationenwohnen bauen wollen, erhalten pro Wohneinheit (Standard: 10-20 Wohnungen plus Gemeinschaftsraum) eine finanzielle Förderung von etwa 2.500 Euro. Außerdem können Beratungskosten für die Begleitung der sich neu bildenden Gemeinschaften von bis zu 10.000 Euro übernommen werden. Es gibt seit 2006 eine städtische Informationsstelle. Zusätzlich stellt die Stadt mehrere Grundstücke zur Verfügung. Derzeit sind Projekte in Poll, Höhenberg, Nippes (autofreie Zone), in Niehl sowie in Ehrenfeld (Villa anders) in Planung oder Realisierung.



### Pflege und Unterstützung

Wir wollen es Menschen ermöglichen auch im Alter und bei Pflegebedarf in der eigenen Wohnung zu bleiben. Daneben wollen wir kleine Einheiten fördern wie zum Beispiel Wohngemeinschaften mit Pflegeplätzen auch für Altersdemente, psychisch kranke und suchtkranke alte Menschen. Außerdem müssen Pflegestützpunkte dezentral im Veedel eingerichtet werden, die zum Beispiel Haushaltsdienste anbieten und koordinieren.

## Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender



### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER SeniorInnenpolitik

- Bestehende Begegnungststätten für ältere Menschen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen
- Veedel für alle: altersgerechte Räume und Plätze schaffen, an denen Generationen sich begegnen können
- Mehr-Generationen-Wohnen fördern
- Barrierefreien Wohnraum mit guter Nahversorgung schaffen
- Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) in öffentlicher Hand erhalten



### Erfolge GRÜNER SeniorInnenpolitik

- Direkt gewählte SeniorenvertreterInnen haben Rederecht in allen relevanten Ratsausschüssen und Bezirksvertretungen und werden von diesen zumeist auch erfolgreich eingebunden
- Die selbstorganisierten SeniorInnennetzwerke konnten wir auf über 30 Stadtteile ausweiten und die Anschubphase durch den Einsatz von SozialarbeiterInnen unterstützen

Köln soll die Hauptstadt für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender bleiben. Insbesondere mit dem CSD hat sie eine überregionale, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Diese Potenziale muss die Stadt selbstbewusst nutzen und entwickeln. Eine große Chance sich als tolerante lesbisch-schwule Großstadt der Welt zu präsentieren bieten das Lesbenpflingstreffen und die Gay Games 2010.

Köln gilt als weltoffen und tolerant, dennoch sind auch in Köln Intoleranz, Diskriminierung und Herabwürdigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern an der Tagesordnung. Unser Ziel ist es, dass sich kein Mensch aufgrund seiner sexuellen Identität verstecken muss. In der Stadtpolitik muss LSBT mitgedacht werden – QUEER-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe. Durch die von uns initiierte Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender können die Probleme von LSBT sichtbar gemacht und ihre Belange als Querschnittsaufgabe berücksichtigt werden.

Lesbische und schwule Selbsthilfe- und Beratungsstellen leisten eine innovative und unverzichtbare Arbeit in der Präventions- und Gleichstellungsarbeit. Diese Arbeit werden wir stärken und weiter fördern.

### Erfolge GRÜNER Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender

- Einrichtung einer „Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender“, die in allen relevanten Fachausschüssen des Rates vertreten ist
- Beitritt Kölns zur „Charta der Vielfalt“
- Einrichtung eines lesbischen und eines schwulen Seniorennetzwerks
- Unterstützung bei der Aufarbeitung lesbischer und schwuler Stadtgeschichte
- Schaffung lesbisch-schwuler MigrantInnenprojekte

## Menschen mit Behinderung

- Unterstützung von lesbisch-schwulen Mehrgenerationen-Wohnprojekten
- Erhöhung der Haushaltsansätze in der Präventionsarbeit

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Lesben- und Schwulenpolitik

- Finanzielle und organisatorische Unterstützung der Gay Games
- Der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt soll durch ein Diversity Management ein entsprechendes Verwaltungshandeln folgen
- Ausbau und bedarfsgerechte Förderung der Beratungszentren, die mittlerweile Familienberatung im klassischen Sinn leisten, sowie der Seniorennetzwerke und Selbsthilfegruppen, insbesondere der MigrantInnengruppen
- Förderung des schwul-lesbischen Jugendzentrums „anyway“ mit der dazugehörigen Beratungs- und Präventionsarbeit sowie Sicherung der Arbeit der Youthwork-Stellen und der Aufklärungsarbeit an Schulen (SchLAU-Projekt)
- Vernetzung und zielgruppenspezifische LSBT-Politik für Lesben und Schwule im Alter, Lesben und Schwule mit Behinderung sowie heranwachsende Lesben und Schwule
- Anrechnerpartner/in für LSBT in der Stadtverwaltung mit aktiver Beratung der BürgerInnen zum Antidiskriminierungsgesetz
- Engere Kooperation zwischen KölnTourismus und freien AnbieterInnen aus der lesbischen und schwulen Szene

### Eine Stadt für Alle

**Umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen: Gleiche Rechte und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen – das ist und bleibt GRÜNES Leitprinzip.**

### Barrierefreiheit soll Kölner Markenzeichen werden

Alle Plätze und öffentlichen Gebäude müssen barrierefrei und damit für alle Menschen erreichbar sein. Nur so können RollstuhlfahrerInnen, Gehbehinderte und mobilitätseingeschränkte Menschen am sozialen und öffentlichen Leben teilhaben.

Zur Barrierefreiheit gehört selbstverständlich auch der Zugang zu Dienstleistungen und Informationen in allen Bereichen der städtischen Verwaltung.

### Ambulant vor stationär

Die Kölner GRÜNEN unterstützen den Vorrang des eigenständigen und selbstbestimmten Wohnens vor stationärer Betreuung. Die ganzheitliche und emanzipatorische Beratung nach dem Prinzip des „Peer Counseling“ (Behinderte beraten Behinderte) ist in Köln richtungweisend. Daher möchten wir das „Zentrum für selbstbestimmtes Leben“ (ZSL) und ähnliche Beratungseinrichtungen weiter stärken.



## Migration

### Passgenauer Wohnraum für Menschen mit Behinderung

In Köln steht nach wie vor zu wenig geeigneter Wohnraum für behinderte und die ständig wachsende Zahl älterer Menschen zur Verfügung. Wir unterstützen daher auch die Förderung und Entwicklung neuer Wohnkonzepte, die die Bedürfnisse älterer, chronisch kranker und behinderter Menschen berücksichtigen.

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre für Menschen mit Behinderung

- Barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel und Haltestellen
- Barrierefreie Gestaltung aller Kölner Bürgerzentren
- Schaffung preiswerten barrierefreien Wohnraums für behinderte und ältere Menschen im Zuge von Modernisierungen grundsätzlich Ausstattung mit Aufzügen
- Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung in allen Schulformen
- Behindertenvereinen und der Selbsthilfelandchaft weitere Kompetenzen einräumen und ihre Arbeit fördern
- Hilfen aus einer Hand: Integration aller Leistungen für Menschen mit Schwerbehinderung in die bestehenden sozialen Hilfesysteme

### Erfolge GRÜNER Politik für Menschen mit Behinderung

- Schaffung der Stelle einer Behindertenbeauftragten
- Initiierung und Durchsetzung des Programms „Barrierefreies Köln“  
Gründung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### Migrationspolitik ist Gleichstellungspolitik

Die Einwanderung der letzten 50 Jahre hat auch unsere Gesellschaft grundlegend verändert. Köln ist vielfältiger geworden. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt.

### Gleiche Chancen für MigrantInnen

Wir fordern, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle anderen BürgerInnen dieser Stadt haben. Vom Bund verlangen wir, allen dauerhaft in einer Kommune lebenden BürgerInnen das kommunale Wahlrecht einzuräumen.



### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre

- Weitere Stärkung des Integrationsrates bis hin zur Gleichstellung mit einem Ratsausschuss
- Mehr bilinguale Kindergärten und Schulen sowie Ausweitung der muttersprachlichen Angebote
- Etablierung und Ausweitung der interkulturellen Elternbildung wie zum Beispiel die Projekte „Rucksack“ und „Stadtteilmütter“
- Ausweitung der Maßnahmen „Übergang Schule – Beruf“
- Entwicklung eines Integrationskonzepts, an der sich weite Teile der Stadtgesellschaft beteiligen sollen

### Selbstorganisation

50 anerkannte interkulturelle Zentren leisten in Köln teilweise seit vielen Jahren wertvolle Arbeit. Die neue Richtlinie zur Anerkennung und Förderung interkultureller Zentren ist ein geeignetes Instrument, um die Selbstorganisation der MigrantInnen und ihre Anbindung im jeweiligen Stadtteil mit den dort lebenden sozialen Gruppen zu stärken.

### Migration und Religion

Die GRÜNEN in Köln unterstützen den Rat der Religionen, der den interreligiösen Dialog besonders in der Mitte der Bevölkerung fördert.

Wir unterstützen die Forderungen der religiösen Gemeinschaften (der christlichen Kirchen, der Juden, der Muslime, der Aleviten, der Sikhs und anderer) nach freier Ausübung ihrer Religion.

Wir unterstützen ihre kulturellen, sozialen und humanitären Angebote in Köln, denn wir wissen, dass sie von Menschen gleichen Glaubens gerne angenommen werden.

Wir unterstützen DITIB bei ihrem Bauvorhaben einer repräsentativen Moschee in Ehrenfeld.

### Humane Flüchtlingspolitik

Die Umsetzung des Konzepts „Wohnung statt Flüchtlingswohnheim“ hat dazu geführt, dass die meisten Flüchtlinge nun in menschenwürdigen Wohnungen leben. Sie erhalten bei Bedarf eine sozialarbeiterische Begleitung und die Kinder wachsen in einem Umfeld auf, in dem ein geregelter Tagesablauf mit Schulbildung üblich ist.

Die ausländerrechtliche Beratungskommission arbeitet nach dem Konsensprinzip und versucht Bleiberechtsregelungen für länger geduldete Flüchtlinge im Sinne der Betroffenen umzusetzen.

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre

- Wirksame und bedarfsorientierte Unterstützung der seit vielen Jahren – in ihrer Mehrzahl lediglich geduldeten – in Köln lebenden Roma; gesicherter Status für alle Geduldeten
- Umsetzung der Handlungsvorschläge der Studie „Menschen ohne Papiere“

### Antidiskriminierung und Antirassismus

Die Stadt hat eine eigene Antidiskriminierungsbeauftragte und unterstützt zwei Büros in freier Trägerschaft (Öffentlichkeit gegen Gewalt, Caritas). Auch die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum fördert das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit und beugt rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vor. Dies wird zunehmend wichtig, nicht nur um Rechtsradikalen wie „Pro Köln“ entgegenzutreten, sondern auch um etwas gegen den alltäglichen Rassismus zu tun, mit dem Menschen ausgegrenzt werden.

Wir GRÜNE halten an der Trennung zwischen Ausländerbehörde als Ordnungsbehörde und Interkulturellem Referat als Ombudsstelle fest. Wir plädieren für einen Ausbau der Kompetenzen und entsprechend auch für einen personellen Ausbau des Interkulturellen Referats.

## Datenschutz, Sicherheit und öffentliche Ordnung

### GRÜNE Erfolge im Bereich Migration

- Unterbringungskonzept der Stadt Köln „Wohnung statt Flüchtlingswohnheim“ mit überregionaler Bedeutung und Beachtung
- Errichtung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen, der sich aus VertreterInnen aller Bereiche der Flüchtlingsarbeit zusammensetzt
- Aufbau des Kinder- und Jugendprojektes „Amaro Kher“ für Roma-Kinder
- Beitritt Kölns zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ als wichtiger Schritt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung
- Gründung des interkulturellen Gartens



### GRÜNE für neue Sicherheits- und Ordnungspolitik in Köln

**Menschen müssen sich in Köln sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl gerät mitunter durch mediale Aufbereitung von Kriminalität in eine Schiefelage** (siehe die „Klaukids“ Kampagne). Öffentliche „Angsträume“, an denen sich jahrelang nichts ändert, tun ein Übriges zur Stabilisierung von Unsicherheitsgefühlen.

Bei der Ursachenbekämpfung von Kriminalität hilft zuallererst eine gute Sozialpolitik. Es gilt, einen kommunalen Dreiklang herzustellen zwischen „Ausbau der Hilfesysteme“, „Arbeit mit den Tätern“ und „Abschreckung“. Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze vermittelt hingegen lediglich Scheinsicherheit.

### Ordnungspartnerschaften

... sind lokale Netzwerke, in denen die Polizei mit Behörden (zum Beispiel Ordnungs-, Jugend-, Sozialamt), Institutionen (Schulen), Verbänden (Einzelhändler, Verkehrsbetriebe, Drogen- und anderen Beratungsstellen) und Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gemeinschaftlich sicherzustellen. Die Ordnungspartnerschaften basieren auf der Grundidee, dass die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung zwar in erster Linie der Polizei obliegt, ihre Aufrechterhaltung aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Gemeinsam werden partnerschaftlich Präventionskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Im Mittelpunkt steht die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Ordnungspartnerschaften gibt es in vielen Bereichen: nächtliche Lärmstreifen, Ordnungspartnerschaft Ringe, Netzwerk gegen häusliche Gewalt, mehr Sicherheit im LKW-Verkehr. Dies sind nur einige Beispiele aus einer Vielzahl von Möglichkeiten.



Wenn sich die Kölner BürgerInnen über das Erscheinungsbild ihrer Stadt beklagen, werden immer wieder Verunreinigungen durch Hundekot, die Vermüllung beliebter Parks und Farbsprühereien auf Hauswänden genannt. Die GRÜNEN befürworten das flächendeckende Aufstellen von Hundekottütenspendern, eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz an Schwerpunkten und das sofortige Beseitigen von Farbschmierereien.

Die Quartiere in der Altstadt und um die Ringe sollen nicht nur als Kneipenviertel, sondern auch als attraktive Wohnviertel für alle Bevölkerungsgruppen erhalten bleiben. Das setzt ein Miteinander voraus, das von gegenseitigem Respekt geprägt ist. Unterstützend ist hier die Präsenz der Ordnungsbehörden und Reinigungsdienste in den späten Abendstunden und an den Wochenenden weiter zu erhöhen.

An Erholungsschwerpunkten und anderen stark frequentierten Orten in der Stadt sollen öffentliche Toiletten zur Verfügung gestellt werden.

#### **Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Sicherheits- und Ordnungspolitik**

- Die GRÜNEN stützen den Kurs der Kölner Polizei, mit mehr BeamtInnen auf der Straße präsent zu sein. Dabei muss gelten: Prävention vor Repression
- BürgerInnen, Vereine und Verbände sollen in „Ordnungspartnerschaften“ von Ordnungsamt und Polizei verstärkt einbezogen werden
- Die Kampagne „Hinsehen, handeln, Hilfe holen“ soll fortgesetzt werden, um Zivilcourage und Entfaltung von Gemeinsinn zu fördern. Hier sollen Projekte ergänzend wirken, beispielsweise „Gewaltfrei in der KVB“.
- Im Bereich häuslicher Gewalt muss die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Beratungsorganisationen sowie Frauenhäusern ausgeweitet werden
- Jugendkriminalität soll mit mehr Streetwork begegnet werden. Netzwerke gegen Gewalt an Schulen sollen gestärkt und Streitschlichtung an jeder Schule verankert werden

- Anti-Gewalttrainings sollen durch kommunale Einrichtungen gefördert werden (VHS, Schulen, Familienzentren etc.)
- Verbesserung der Sicherheit des ÖPNV durch FahrgastbetreuerInnen
- Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass alle kommunalen Behörden dem Prinzip der Datensparsamkeit folgen. Erhobene Daten sind zu vernichten, sobald sie nicht mehr benötigt werden
- BürgerInnen müssen informiert werden, wenn Meldebehörden ihre Daten weitergeben. Alle BürgerInnen sind über ihre Widerspruchsrechte aufzuklären



#### **Erfolge GRÜNER Sicherheits- und Ordnungspolitik**

- Durch massiven Ausbau der Hilfsprogramme für Drogenabhängige konnte erreicht werden, dass die offene Szene auf öffentlichen Plätzen nur noch selten und kurzzeitig in Erscheinung tritt
- Auch an Wochenenden ist der städtische Ordnungsdienst nun durchgehend dienstbereit

## Sport

**Bewegung und selbst organisierter Sport nehmen an Stellenwert in der städtischen Gesellschaft zu.** Fast 60 Prozent der KölnerInnen treiben in ihrer Freizeit aktiv Sport. Joggen und Radfahren sind die am meisten ausgeübten Aktivitäten, gefolgt von Schwimmen und Fitnessstraining.

Daneben übernehmen Sportvereine eine wichtige soziale Aufgabe in der Stadt. Sie führen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran und sind Orte der Integration. Auch ältere Menschen wollen zunehmend in diese Angebote einbezogen sein.



Wir GRÜNE verstehen uns als die Interessenvertreter des Breiten- und Freizeitsports in Köln. Wir setzen uns für die Instandhaltung und Sanierung von wohnortnahen Sportanlagen ein. Aber auch Großereignisse wie den Köln-Marathon und die Gay Games 2010, an denen sich viele Menschen beteiligen können, unterstützen wir.

### Erfolge GRÜNER Sportpolitik

- Neubau des Eis- und Schwimmstadions an der Lentstraße mit einem attraktiven und nachhaltigen Konzept (Naturfreibad)
- Einführung des Programms „Sicher Schwimmen“ für Grundschulkinder

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Sportpolitik

- Übertragung des Vernetzungsprogramms „Sport in Metropolen“ auf weitere Stadtteile – nach dem Vorbild in Köln-Mülheim
- Stärkung und Unterstützung von Netzwerken in ehrenamtlichen Strukturen

- Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Sport und Bewegung
- Weiterführung des Projekts „Sicher Schwimmen“ für Grundschulkinder
- Fit und gesund im Alter – mehr Sportangebote für SeniorInnen
- Schaffung von fünf „Bewegungsräumen“ in Köln, die vereinsungebundenen Raum bieten für Sport und Bewegung
- Bessere Verknüpfung von Schulen und Sportvereinen, damit Kinder und Jugendliche schon früh für Sport begeistert werden
- Zwei beleuchtete Laufstrecken für das links- und rechtsrheinische Köln

## Stadtfinanzen

### Stadtfinanzen nachhaltig und gerecht steuern

Seit 2007 ist die Stadt Köln nicht mehr in der Haushaltssicherung. Die GRÜNEN haben dazu beigetragen, die schwierigste Haushaltskrise der Stadt seit 1945 zu überwinden. Allerdings haben auch maßgeblich wachsende Steuereinnahmen und die stetigen Gewinnausschüttungen der Stadtwerke dafür gesorgt, dass der Haushaltsausgleich möglich wurde.



**Richtschnur für die GRÜNE Beteiligung an politischen Haushaltsbündnissen und Koalitionen ist die Sanierung der Stadtfinanzen und eine nachhaltige Haushaltspolitik.** Die GRÜNEN trugen dazu bei, dass der Schuldenstand seit 2004 um 115 Mio Euro reduziert wurde. 2,4 Mrd. Euro langfristigen Schulden steht aber immerhin ein Finanzver-

## Stadtverwaltung

mögen von 3,8 Mrd. Euro gegenüber. Angesichts der nach wie vor fragilen städtischen Finanzlage und der größten internationalen Finanzkrise seit Jahrzehnten ist eine sparsame, nachhaltige und strikt auf Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik weiterhin GRÜNE Leitlinie.

### GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre Stadtfinanzen

- Fortsetzung und Weiterentwicklung des „Bürgerhaushalts“: Dazu ist allerdings mehr Transparenz im „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) notwendig
- Soziale und ökologische Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik
- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Stadtwerke und anderer städtischer Unternehmen
- Kein Defizitenausgleich und Schuldenabbau durch Vermögensverzehr oder Privatisierung städtischer Unternehmen
- Bei Investitionen Konzentration auf Sanierung und Substanzerhaltung
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Kölns durch eine verlässliche und gerechte Steuer- und Abgabepolitik: Dazu gehört auch Gewerbesteuerstabilität
- Abschaffung der Zweitwohnungssteuer

### Erfolge GRÜNER Finanzpolitik

- Mitwirkung an der Lösung der schwersten haushaltspolitischen Krise seit 1945: Die Stadt Köln ist seit 2007 nicht mehr in der Haushaltssicherung
- Erstmalige Beteiligung der BürgerInnen an der Haushaltsgestaltung durch den Bürgerhaushalt

**Die Weiterentwicklung der Stadtverwaltung zu einer serviceorientierten Dienstleisterin für alle BürgerInnen unterstützen die GRÜNEN mit Nachdruck.** Dies beinhaltet zum Beispiel bürgerInnenfreundliche Öffnungszeiten, gute Erreichbarkeit, mehr Informationen und Dienstleistungen via Internet, ein wirksames Beschwerdemanagement und regelmäßige Befragungen der KundInnen. Eine moderne Stadtverwaltung braucht motivierte MitarbeiterInnen und transparente Strukturen. Sie nutzt vorausschauende Personalentwicklung, um effektiver und effizienter zu werden.



### Transparenz

Wir GRÜNE wollen eine dezentrale Budget- und Ressourcenverantwortung auf Ebene der Dezernate einführen. Die politische Steuerung des Verwaltungshandelns durch den Stadtrat soll über Zielvereinbarungen und ein strategisches Controlling erfolgen. Bei der Erstellung des Stellenplans fordern wir mehr Transparenz in den Verfahren: Beförderungen und Neueinstellungen sollen nur auf Grund von Eignung und Qualität erfolgen.

### Einstellungspraxis optimieren

Die Verwaltung soll eine stärkere interkulturelle Öffnung erfahren – durch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz und die Einstellung von mehr MigrantInnen. Externe Bewerbungen qualifizierter Fachkräfte verschiedener Berufsgruppen auf qualifizierte Fachstellen in der Verwaltung sollen ermöglicht werden. Durch verstärkte Frauenförderung soll eine Geschlechterparität in Führungspositionen erreicht werden.

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Köln

### Evaluation des Verwaltungshandelns

Verwaltungshandeln und -strukturen müssen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Dazu gehört zum Beispiel die Umsetzung des „Bürgerservicekonzepts“, die wir kritisch begleiten wollen.

### Erfolge GRÜNER Verwaltungs- und Rechtspolitik

- Zentrale Innenstadtplätze werden erstmals in einem transparenten Verfahren nach festgelegten Qualitätskriterien für Veranstaltungen vergeben. Durch eine Beschränkung der Anzahl von Veranstaltungen vermindern wir die Belastung für die AnwohnerInnen und verbessern gleichzeitig den Wert der Plätze als Freiräume
- Transparente Verfahren zur Vergabe von Weihnachtsmärkten, bei denen ökologische Kriterien einen Schwerpunkt bilden

### Vorhaben für die nächsten fünf Jahre GRÜNER Verwaltungs- und Rechtspolitik

- Austausch für Auszubildende und Beschäftigte zwischen Kommunen, aber auch intern zwischen Ämtern und Dezernaten ermöglichen
- Stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und interkommunaler Know-how-Transfer
- Mehr Ausbildungs-, Volontär-, Praktikums- und Traineeplätze auch in der öffentlichen Verwaltung und in den städtischen Unternehmen. Hier ist eine Quote von 10 Prozent der Beschäftigten anzustreben
- Eine Ausbildungsoffensive, die perspektivisch den Anteil von MigrantInnen bei der Stadt und den städtischen Unternehmen auf ihren Anteil an der Stadtbevölkerung anhebt
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste als Prozess der Organisationsentwicklung fortsetzen; Beschäftigte mit Sprach- und interkultureller Kompetenz einstellen
- Mehr Kompetenzen für die Bezirksvertretungen
- Umsetzung des Gender Mainstreaming in der Stadtverwaltung



1.  
**Moritz, Barbara** (58)  
Lehrerin



2.  
**Frank, Jörg** (54)  
EDV-Entwickler



3.  
**Spitzig, Angela** (61)  
Oberstudienrätin



4.  
**Helling, Ossi** (59)  
Verwaltungsangest.



5.  
**Dr. Müller, Sabine** (46)  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin



6.  
**Wolter, Andreas** (45)  
Diplom-Betriebswirt



7.  
**Von Bülow, Brigitta** (51)  
Lehrerin

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Köln



8.  
**Brust, Gerhard** (57)  
Ingenieur



9.  
**Jahn, Kirsten** (33)  
Diplom-Geographin



10.  
**Dr. Welpmann, Matthias** (39)  
Diplom-Geograph, Umweltexperte



11.  
**Reinhardt, Kirsten** (47)  
Diplom-Kauffrau



12.  
**Richter, Manfred** (39)  
Personalleiter



13.  
**Lüttig, Marion** (36)  
Journalistin



14.  
**Thelen, Horst** (66)  
Studienrat a. D.



15.  
**Tull, Bettina** (42)  
Sachbearbeiterin



16.  
**Waddey, Manfred** (58)  
Technischer Angestellter



17.  
**Thelen, Elisabeth** (49)  
Kfm. Angestellte



18.  
**Kretschmer, Karsten** (47)  
Kfm. Angestellter



19.  
**Barion, Katrin** (59)  
Marketingfachfrau



20.  
**Dr. Unna, Ralf** (42)  
Tierarzt



## Impressum

**Das Kommunalwahlprogramm 2009**

wurde beschlossen auf der Mitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN am 8. Dezember 2008.

Wir danken allen AutorInnen, die sich mit inhaltlichen Beiträgen an diesem Programm beteiligt haben.

**Gesamtredaktion:** Christian Schirmer (V.i.S.d.P.)

**Redaktion:** Kerstin Ciba, Katharina Dröge, Kirsten Jahn, Stefan Peil, Manfred Waddey

**Endkorrektur:** Christiane Martin

**Layout:** artemission, Köln

**Bildnachweis:** Bilder von fotolia.com auf den Seiten 1, 4, 16, 23, 26, 30, 36, 43, 46, 49, 53, 54, 57, 62; übrige Fotos: GRÜNE Köln und artemission

**Druck:** Innenteil Bilderdruck weiß matt 115 g; Umschlag 170 g  
Diese Broschüre wurde klimaneutral produziert (FSC-zertifiziert mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2)

**Druckerei:** Druckerei Lokay e. K. — Königsbergerstraße 3 — D-64354 Reinheim  
Auflage 5000 Stück

**Herausgeber:****Bündnis 90 / Die GRÜNEN**

Kreisverband Köln  
Ebertplatz 23  
50668 Köln

Telefon 0221 / 972 78 88

Fax 0221 / 972 78 89

kommunalwahl@gruenekoeln.de

www.gruenekoeln.de

Kontaktaufnahme auch über www.facebook.de



**ZEIT FÜR GRÜN.**  
**GRÜN FÜR KÖLN.**

